

In Freiheit leben

Deutschland sicher in die Zukunft führen

Grundsatzprogramm 2024
der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands

Entwurf
der Programm- und Grundsatzkommission

6. Dezember 2023

Inhalt

Auf einen Blick: Das ist CDU	1
I. Wo wir stehen	5
II. Was uns ausmacht	9
Das christliche Menschenbild.....	9
Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit	10
Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal und konservativ.....	11
Unser Selbstverständnis	12
III. Wo wir hinwollen	16
Ein Land, das frei und sicher ist.....	16
Eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet	30
Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft	44
Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist	55
Ein Staat, der funktioniert und vorangeht	64
Mit unseren Werten in die Zukunft	71

1 **Auf einen Blick: Das ist CDU**

2 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag
3 Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher
4 und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom
5 Menschen.

6 Aus diesem Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: Wir sehen immer
7 zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde und seinen
8 individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit
9 seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut,
10 weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen.

11 Aus diesem Dreiklang ergibt sich für uns Christdemokraten der Auftrag, mit
12 Neugier, Zuversicht und Vertrauen in den Menschen nach der bestmöglichen
13 Lösung zu suchen.

14 In der heutigen Zeit bedeutet dies für uns vor allem:

15 **Für ein freies und sicheres Land!** Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit.
16 Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden und dulden keine rechtsfreien
17 Räume. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Wir bekämpfen jede
18 Form des Extremismus mit voller Härte. Dies gilt auch für den politischen
19 Islam.

20 **Unser Herz schlägt für Europa!** Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa
21 einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und
22 den Binnenmarkt stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab.
23 Solide Finanzen sind die Grundlage für eine stabile EU.

24 **Für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt!** Die neue
25 Weltlage erfordert es, die geopolitische Handlungsfähigkeit und die
26 strategischen Interessen Deutschlands wieder stärker in den Fokus zu
27 rücken. Unsere Freiheit ist nicht selbstverständlich und muss immer wieder
28 aufs Neue verteidigt werden.

29 **Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die
30 hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber

31 anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes
32 einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
33 unser Rechtsstaat, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und
34 Zugehörigkeit sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Nur wer
35 sich zu unserer Leitkultur bekennt, kann sich integrieren und deutscher
36 Staatsbürger werden.

37 **Zusammenhalt stärken!** Wir wollen die Bindekräfte in der Gesellschaft
38 fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf
39 ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

40 **Familien vermitteln Werte!** Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie.
41 Wir wollen Familien dabei unterstützen, Werte zu vermitteln. Familien sind
42 die Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt.
43 Gerade Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Kinder aus
44 bildungsfernen und einkommensschwachen Familien brauchen besondere
45 Aufmerksamkeit.

46 **Aufstieg und Integration durch Bildung!** Wir wollen gemeinsam mit den
47 Eltern jedem Kind die Chance auf bestmögliche Bildung und Qualifikation für
48 die Persönlichkeitsentwicklung, die demokratische Teilhabe und ein
49 erfolgreiches Berufsleben ermöglichen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit
50 denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht.

51 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft!** Kinder, die kein Deutsch
52 können, müssen wir stärker unterstützen. Kinder mit Förderbedarf wollen
53 wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer
54 Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten.

55 **Wachstum statt Stillstand!** Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches
56 Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven
57 Unternehmensteuer, schnelleren Planungsverfahren, weniger Regulierung
58 und mehr Zukunftsinvestitionen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fach-
59 und Arbeitskräfte und wollen insbesondere das inländische Potenzial heben.

60 **Gute Löhne für gute Arbeit!** Das ist eine Frage des Respekts. Die
61 Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier
62 keinen direkten Einfluss haben.

63 **Leistung muss sich lohnen!** Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen: Wer
64 mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Wir werden kleine und mittlere
65 Einkommen entlasten und arbeitende Rentner steuerlich besserstellen.
66 Niedrigere Steuern und Abgaben sorgen für höhere Löhne, mehr Jobs und
67 stärkeres Wachstum.

68 **Wer arbeiten kann, soll arbeiten!** Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe
69 brauchen – gezielt und mit voller Kraft. Wer Sozialleistung erhält und
70 arbeiten kann, der soll arbeiten. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
71 immer gelten.

72 **Rente langfristig sichern!** Die Rente muss für alle Generationen gerecht und
73 zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer
74 gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der
75 dies nicht getan hat. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine
76 verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen.

77 **Klimaschutz geht nur marktwirtschaftlich!** Dem Klimawandel begegnen
78 wir technologieoffen und setzen auf Anreize. Der Emissionshandel ist dafür
79 unser zentrales Instrument. Wir achten darauf, dass Energie sicher, sauber
80 und bezahlbar ist. Wir können zurzeit nicht auf die Option Kernkraft
81 verzichten.

82 **Wirtschaft, Energie und Klima zusammen denken!** Wir verstehen
83 Wirtschaft und Klima nicht als Gegensätze, sondern sehen
84 Klimaschutztechnologien als Chance und wollen damit Vorbild für andere
85 Länder sein. Wir wollen die Erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Wir
86 denken Politik immer nachhaltig, machen Politik für nachfolgende
87 Generationen und wollen die Schöpfung bewahren.

88 **Staat muss funktionieren!** Deutschland braucht eine umfassende Staats-
89 und Verwaltungsreform. Wir müssen staatliche Prozesse schneller und
90 effizienter machen. Dafür brauchen wir neue Strukturen und Arbeitsweisen:
91 leistungsfähige Parlamente, digitale Behörden und weniger Bürokratie. Mit
92 einer Föderalismusreform wollen wir die Bund-Länder-Beziehungen neu
93 regeln.

- 94 **Einfach mal machen!** Unser Land braucht mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und
95 Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen
96 Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was
97 floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

Entwurf der PGK vom 06.12.23

98 I. Wo wir stehen

99 Der Anfang

100 Unser Land ist das Werk mutiger Frauen und Männer. Als Deutschland nach
101 dem Ende des Zweiten Weltkriegs moralisch, wirtschaftlich und als Ganzes in
102 Trümmern lag, glaubten sie an eine bessere Zukunft für alle. Sie glaubten an
103 ein gemeinsames Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Jeder wusste:
104 Jetzt ist die Zeit, anzupacken und dieses Land wieder aufzubauen, zu
105 versöhnen und eine freiheitliche Republik zu gründen.

106 Überall im Land – von Köln bis Berlin, von Frankfurt bis Goslar und
107 Greifswald – fanden sich Demokratinnen und Demokraten in diesem Geist
108 zusammen und gründeten die Christlich Demokratische Union. Was sie einte:
109 das christliche Menschenbild, die demokratische Überzeugung und das Ziel,
110 erstmals die Konfessionen und alle gesellschaftlichen Schichten in einer
111 „Union“ zu versammeln. Auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu
112 übernehmen und Zuversicht, Vertrauen und Glauben zu haben, ist seit
113 Anbeginn Wesenskern der CDU.

114 Und diese Zuversicht brauchte es, um nach der Katastrophe und dem
115 Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus an ein Leben in Freiheit und
116 Sicherheit zu glauben. Unter der Führung von vier Bundeskanzlern und einer
117 Bundeskanzlerin hat die CDU seitdem unser Land maßgeblich geprägt:
118 Grundgesetz und Rechtsstaat, wehrhafte Demokratie und Bundesstaat,
119 Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle, Westbindung und
120 Aussöhnung – insbesondere mit Frankreich, Israel und Polen –, Einigung
121 Europas und Deutsche Einheit, internationale Verantwortung und
122 Zusammenarbeit waren entscheidende Weichenstellungen. Genauso wichtig
123 waren die Friedliche Revolution und die Überwindung des totalitären
124 Regimes in der DDR.

125 All diese Erfolge waren nur möglich, weil die CDU immer wieder den Mut und
126 die Zuversicht bewies, die notwendigen Weichen auch gegen Kritik und
127 Widerstände zu stellen. Wie groß waren damals die Zweifel an der
128 Westbindung, wie groß das Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb,

129 wie groß der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie groß die
130 Bedenken gegen die Wiedervereinigung, wie groß die Abgesänge auf den
131 Zusammenhalt Europas und den Erhalt der Eurozone. Und doch waren all
132 diese Weichenstellungen so entscheidend für unser heutiges Leben in
133 Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

134 **Das Heute**

135 Für das, was wir gemeinsam erreicht haben, dieses Leben in Freiheit,
136 Sicherheit und Wohlstand, müssen wir heute wieder mehr Verantwortung
137 übernehmen. Wir sind durch die Krisen der Gegenwart und die Aufgaben, die
138 uns die Zukunft stellt, herausgefordert: durch Krieg, durch wachsende
139 Zweifel an der freiheitlichen Demokratie und ihren Institutionen, durch
140 Extremismus und Fundamentalismus, durch wirtschaftliche Krisen, durch
141 den demografischen Wandel, durch ungesteuerte Migration, durch
142 Klimawandel und Umweltzerstörung.

143 Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, Überforderung durch
144 Wandel und Beschleunigung in allen Lebensbereichen verunsichern unsere
145 Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt.

146 Als Menschen haben wir ein Bedürfnis nach Orientierung, nach Halt in
147 Vertrautem, nach einem Lebenstempo, das uns nicht überfordert und Zeit
148 lässt für uns und das Zusammenleben mit anderen. Und wir haben den
149 Wunsch nach einer besseren Zukunft für unsere Kinder und ihre Familien.
150 Der Mensch strebt nach Freiheit und Sicherheit.

151 Freiheit und Sicherheit können nicht isoliert voneinander existieren. Sie
152 ergänzen und stärken sich gegenseitig. Frei und sicher zu leben bedeutet,
153 einen Platz zu finden, an dem man wachsen kann, mutig Neues zu wagen, und
154 nach dem eigenen Glück zu streben. Das geht nur gemeinsam. Es ist die
155 Erfahrung von Millionen Menschen in unserem Land, dass dieser deutsche
156 Traum gelingen kann.

157 **Das Morgen**

158 Für uns als CDU beginnt die Zukunft mit einem selbstbewussten „Ja zu
159 Deutschland“. Wir sind stolz auf unser Land.

160 Wir sind eine gefestigte Demokratie, wir sind eine der erfolgreichsten
161 Volkswirtschaften der Welt, wir sind ein sozialer Rechtsstaat, wir sind eine
162 Kulturnation, wir sind ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter.

163 Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander
164 Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben,
165 braucht es eine politische Kraft, die gemeinsame Werte und Ziele formuliert.
166 Diese Kraft wollen wir auch in Zukunft sein. Und wir laden alle ein
167 mitzumachen.

168 Die Welt verändert sich, unsere christdemokratischen Grundwerte aber
169 bleiben: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses
170 vierten Grundsatzprogramms zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die
171 Zukunft gewinnen.

172 Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin
173 scheinbar Gegensätzliches miteinander versöhnen: marktwirtschaftliche
174 Freiheit und soziale Sicherheit, Freiheit des Einzelnen und Verantwortung
175 für die Gemeinschaft, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und
176 Klimaneutralität, Bewahrung des demokratischen Nationalstaats,
177 europäische Integration und internationale Einbindung, Liebe des eigenen
178 Landes und Offenheit für die Welt, Gestaltung der Heimat und Einsatz für die
179 Welt, Werteorientierung und Realpolitik.

180 Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Die CDU
181 ist Volkspartei der Mitte und Partei des Gemeinwohls.

182 Wir verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Die
183 Menschen sind nicht Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für
184 unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so
185 Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen.

186 Wir arbeiten für ein Land, das frei und sicher ist; für eine Gesellschaft, die
187 zusammenhält und Chancen eröffnet; für eine Wirtschaft, die Wohlstand für
188 alle schafft; für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für einen
189 Staat, der funktioniert und vorangeht.

- 190 Diese Aufgabe gehen wir mutig und entschlossen an. Wir haben allen Grund,
191 optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die CDU kann
192 Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung.
- 193 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Entwurf der PGK vom 06.12.23

194 **II. Was uns ausmacht**

195 **Das christliche Menschenbild**

196 Grundlage christdemokratischer Politik ist das christliche Verständnis vom
197 Menschen. Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen in jeder
198 Phase seiner Entwicklung. Jeder Mensch ist als von Gott geschaffenes Wesen
199 einzigartig, unverfügbar und soll frei und selbstbestimmt leben. Dieses
200 Menschenbild leitet unser politisches Handeln. Zugleich ist die CDU den
201 Traditionen der Aufklärung verpflichtet und steht allen Menschen offen, die
202 – unabhängig von der eigenen religiösen Überzeugung – ihre Grundwerte
203 teilen.

204 Wir stellen uns allen Bestrebungen entgegen, Menschen aufgrund welcher
205 Merkmale auch immer unterschiedliche Wertigkeiten zuzuschreiben. Die
206 Liebe zum Menschen vom Anfang bis zum Ende des Lebens ist der
207 grundlegende Anspruch unserer Politik.

208 Wir erkennen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit als gleichwertig an.
209 Wir bejahen Pluralismus und Vielfalt und treten für die freie Selbstentfaltung
210 und Gleichberechtigung ein. Allen Menschen faire und reale Chancen – vor
211 allem auf Bildung, sichere und gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg – zu
212 eröffnen, ist ein zentrales Anliegen unserer Politik und unser Schlüssel zu
213 einer gerechten Gesellschaft.

214 Aus dem christlichen Menschenbild wird für uns gute Politik, wenn sie von
215 der einzelnen Person ausgeht und individuelle Freiheit mit Verantwortung
216 für andere verbindet. Diese Vorstellung unterscheidet uns von einem
217 libertären Individualismus, bei dem allein der individuelle Freiheitsanspruch
218 im Vordergrund steht. Sie unterscheidet uns ebenso von einer
219 identitätspolitischen Betrachtungsweise, die ein Gemeinwesen in einander
220 gegenüberstehende Gruppen aufspaltet sowie von sozialistischem,
221 nationalistischem und völkischem Denken, das dem ideologisch begründeten
222 Kollektiv den Vorrang vor den einzelnen Menschen gibt. Für uns ist der Staat
223 um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.

224 Wir wissen um die Stärken und die Schwächen des Menschen und leben
225 deshalb mit gelassener Skepsis gegenüber verabsolutierenden Ideen,
226 vermeintlichen Eindeutigkeiten und radikalen Lösungen. Denn wir wissen:
227 Politik gibt immer nur vorletzte Antworten. Wir setzen auf Alltagsvernunft,
228 die auseinander Strebendes verbindet und in Zielkonflikten pragmatisch und
229 verantwortlich abwägt. Denn wir sind überzeugt: Darin liegt der Kern einer
230 menschenfreundlichen Politik, die eine gerechte Mitte sucht.

231 **Unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität,** 232 **Gerechtigkeit**

233 Die CDU versteht sich als die Kraft, die Menschen wertschätzt und für das
234 Morgen begeistert. Wir wollen den Herausforderungen der Zeit mit
235 Vertrauen, Gestaltungskraft und Zuversicht begegnen. Die CDU will
236 Sicherheit und Orientierung geben und die Menschen für die Zukunft
237 gewinnen. Wir übernehmen Verantwortung zum Wohle aller. Wir bauen
238 heute wie damals auf ein bleibendes und beständiges Wertefundament.
239 Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind auch im 21. Jahrhundert die
240 Grundwerte unserer Politik, die uns in Verantwortung vor Gott und den
241 Menschen leiten:

242 **Freiheit** ist für uns Freiheit in Verantwortung für sich selbst, die
243 Gemeinschaft und die Natur. Sie verbindet die Entfaltung der Individuen mit
244 der Verpflichtung auf das Gemeinwohl und der Verantwortung zwischen den
245 Generationen. Sie bringt Leistungsbereitschaft hervor und führt zu
246 verschiedensten Lebensentwürfen, deren Vielfalt wir achten und schützen.
247 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue verteidigt
248 werden.

249 **Solidarität** ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur
250 des Menschen. Sie beruht auf Wechselseitigkeit und begründet Ansprüche
251 ebenso wie Pflichten. Solidarität wird vor allem im unmittelbaren
252 Miteinander der Menschen gelebt – in den Familien, dem vielfältigen
253 gesellschaftlichen Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden.
254 Solidarität durch die Gemeinschaft bedarf es dort, wo nur gesamtstaatliches

255 Handeln sozialen Herausforderungen gerecht werden kann oder wo dies den
256 Einzelnen und den kleinen Gemeinschaften nicht mehr angemessen gelingt.

257 **Gerechtigkeit** ermöglicht allen Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und
258 angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben: Frauen und Männer,
259 Junge und Alte, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine
260 gerechte Gesellschaft würdigt die Leistungen und sieht die Bedürfnisse des
261 einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des
262 Erwirtschafteten, auch über die Generationen hinweg.

263 **Unsere Wurzeln – christlich-sozial, liberal** 264 **und konservativ**

265 Auf der Basis des christlichen Menschenbildes vereint die CDU christlich-
266 soziale, liberale und konservative Haltungen und Anliegen. Sie sind die
267 Wurzeln für das Selbstverständnis der Union. Sie immer wieder miteinander
268 in Einklang zu bringen, führt zu einer Politik von Maß und Mitte.

269 **Wir als CDU sind christlich-sozial**, weil wir den Menschen als Person und als
270 soziales Wesen begreifen. Die Verantwortung für sich selbst und die
271 Mitverantwortung für unsere Mitmenschen, die Gemeinschaft und die Natur
272 sowie der Einsatz gerade für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen
273 sind, ergeben sich aus den Prinzipien der Subsidiarität, der Solidarität und
274 des Gemeinwohls. Sie sind Grundlage christdemokratischen
275 Gesellschaftsdenkens. Es bringt individuelle Freiheit und gesellschaftliche
276 Solidarität, Eigenverantwortung gepaart mit Leistungsbereitschaft und
277 Sozialstaat in eine Balance.

278 **Wir als CDU sind liberal**, weil wir an die Freiheit und Eigenverantwortung
279 der Menschen glauben. Wir schätzen und fördern ihre Kreativität, die Tag für
280 Tag das Leben der Menschen verbessert. Wir wollen die Menschen nicht
281 bevormunden, sondern ihre freie Entfaltung ermöglichen. Aus liberalem
282 Selbstverständnis heraus bekennen wir uns zum Primat des Rechts und zur
283 Gewaltenteilung, zu gesellschaftlichem Pluralismus und Vielfalt sowie zur

284 Freiheit in Verantwortung in Sozialer Marktwirtschaft, Wissenschaft, Kultur
285 und Gesellschaft.

286 **Wir als CDU sind konservativ**, weil wir Gegenwart und Zukunft im Wissen
287 um Traditionen, kulturelle Prägung und Erfahrungen unserer Zivilisation
288 denken. Wir folgen Prinzipien und wägen immer wieder neu ab, wo wir uns
289 verändern müssen. Mit dieser Grundhaltung können wir das Bewährte
290 bewahren, ohne zu erstarren, und die Zukunft gestalten, ohne übereilt dem
291 Zeitgeist zu folgen. Aus diesem Verständnis setzen wir uns für Recht und
292 Ordnung, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, für Bildung, sozialen
293 Ausgleich und Aufstiegschancen für Alle ein. Denn so bewahren wir für die
294 Menschen Freiheit, Sicherheit, Natur und Heimat. Wir stehen für einen
295 weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt statt ausgrenzt.

296 Christlich-sozial, liberal und konservativ verbinden sich zu etwas Eigenem,
297 das christdemokratische Politik ausmacht und von anderen Politikentwürfen
298 unterscheidet. Unsere Politik verbindet Selbstverantwortung und
299 Subsidiarität, Freiheit und Pluralismus, Solidarität und Gerechtigkeit,
300 Rechtsstaatlichkeit und Wertschätzung der Institutionen, Soziale
301 Marktwirtschaft und Ordnungspolitik, Ökonomie und Ökologie,
302 Wettbewerbsorientierung und Technologieoffenheit. Damit stehen wir als
303 CDU für eine Politik, die im besten Sinne bürgerlich, weltoffen und
304 zukunftsorientiert ist.

305 **Unser Selbstverständnis**

306 **Wir als CDU sind im besten Sinne bürgerlich**, weil wir für eine offene
307 Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Sie beruht auf der Idee
308 des modernen Staatsbürgers in der Tradition der Aufklärung. Sie wird
309 getragen von der Bereitschaft und dem Willen, unserem Land und seinen
310 Werten zuzugehören. Bürgerliche Politik lädt ein und schließt nicht aus. Sie
311 steht für ein Versprechen, in Deutschland mitwirken, seine Talente und
312 Begabungen einbringen und aufsteigen zu können, für gesellschaftliche
313 Integration und Selbstbestimmung, für Familienorientierung und die
314 Unterstützung menschlicher Bindungen. Sie entfaltet besondere Kraft durch

315 eine starke politische Verwurzelung vor Ort in Städten, Gemeinden und
316 Kreisen.

317 Dieses Versprechen bürgerlicher Politik geht allerdings noch nicht für alle
318 Menschen in Erfüllung, wenn sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer
319 sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen ihres
320 Glaubens oder ihres Alters, wegen einer Behinderung oder wegen anderer
321 Merkmale benachteiligt werden. Wir in der CDU treten solchen
322 Benachteiligungen entgegen, denn sie widersprechen unseren
323 Überzeugungen von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit. Wir sind
324 überzeugt, dass gleiche Rechte und faire Chancen für alle der Schlüssel zur
325 Gerechtigkeit sind.

326 Bürgerliche Politik verbindet Individualismus und
327 Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit. Sie
328 vertraut den Menschen und stiftet Zuversicht für die Gestaltung der Zukunft.
329 Denn eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte
330 Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke
331 Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und
332 Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen
333 Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht
334 ersetzen.

335 Bürgerliche Politik achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre
336 Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht als Alleinversorger oder
337 alleinigen Problemlöser. Sie will das Leistungsversprechen des Staates vital
338 erhalten, wo nötig erneuern und setzt dabei auf haushaltspolitische
339 Nachhaltigkeit. Sie erwartet von den Menschen, dass sie das Ihrige zum
340 Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen, jeder nach seinen Kräften.

341 Unsere Werte, unsere Überzeugungen und unsere Zuversicht bewahren uns
342 vor Endzeitstimmung und Absolutheitsansprüchen. Sie geben uns die
343 notwendige Gelassenheit, um die Herausforderungen unserer Zeit zu
344 analysieren, durchdachte und nachhaltige Lösungen zu finden und diese
345 dann entschieden umzusetzen. Den Gefährdungen von innen und außen
346 setzen wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit entgegen, unsere Offenheit
347 und innere Wertegebundenheit sind dabei nicht verhandelbar. Wir können

348 die Krisen der Gegenwart meistern und eine bessere Zukunft gestalten. Wir
349 glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen.

350 **Die CDU ist und bleibt Volkspartei.** Wir vertrauen auf die Idee der
351 Volkspartei und ihre Bedeutung für unsere Demokratie – heute und in der
352 Zukunft. Gerade im digitalen Zeitalter, in dem die Foren der
353 Meinungsäußerungen und die Formen der Meinungsbildung immer
354 unübersichtlicher werden, ist es wichtig, unterschiedliche Stimmen und
355 Interessen zusammenzuführen und Orientierung zu geben. Mehr denn je
356 sind Volksparteien daher der Ort, an dem der verfassungsrechtliche Auftrag
357 zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung erfüllt werden kann.

358 Wir sind davon überzeugt, dass starke Volksparteien vor Zersplitterung,
359 Populismus und Polarisierung bewahren. Wir sind weder einem einzelnen
360 Milieu noch einem speziellen Thema verpflichtet. Wir sehen unseren Auftrag
361 und unsere Verpflichtung für die Demokratie und den Rechtsstaat vielmehr
362 darin, auf der Basis unserer Grundwerte als Volkspartei der Mitte ein
363 einigendes Band für die Vielfalt der Interessen zu schaffen. Wir führen
364 Menschen verschiedener Geschlechter, verschiedener Herkunft und
365 vielfältiger Berufe, unterschiedlicher Bildung und Religion, mit oder ohne
366 Behinderungen, jeden Alters und aus verschiedenen Milieus, vom Land und
367 aus der Stadt zusammen und tragen so zur Stabilität unseres Gemeinwesens
368 und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist unser Anspruch als
369 Volkspartei, sinnstiftende politische Heimat zu sein und allen offenzustehen,
370 die sich auf der Grundlage unserer Werte an der Gestaltung der Gesellschaft
371 beteiligen möchten. Das geschieht in besonderer Weise durch das
372 Engagement unserer Mitglieder sowie das Engagement unserer Amts- und
373 Mandatsträger vor Ort. In diesem Sinne versteht sich die CDU als
374 Kommunalpartei.

375 Wir wollen auch in Zukunft Volkspartei mit einem Gestaltungsanspruch für
376 unser Land und Europa sein. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Breite und
377 Vielfalt der Gesellschaft in unserer Partei abzubilden. Die Berücksichtigung
378 unterschiedlicher Talente und Persönlichkeiten, offene und transparente
379 Prozesse der Meinungsbildung sowie der faire und gleichberechtigte Umgang
380 miteinander sind Voraussetzung dafür. Unser Anspruch ist, dass in der CDU

381 Frauen und Männer – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Alter –
382 selbstverständlich und partnerschaftlich Politik gestalten und ihre
383 Interessen einbringen.

Entwurf der PGK vom 06.12.23

384 **III. Wo wir hinwollen**

385 **Ein Land, das frei und sicher ist**

386 Wir Christdemokraten werden geleitet von der Idee der Freiheit. Frei kann
387 nur sein, wer in Sicherheit lebt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein
388 friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unser Land.

389 Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wir sind eine starke
390 Demokratie. Wir haben leistungsfähige Sicherheitsbehörden und ein
391 funktionierendes Rechtssystem. Wir sind Teil internationaler Bündnisse und
392 Partnerschaften.

393 Freiheit und Sicherheit stehen heute unter Druck, werden von alten wie
394 neuen Akteuren, von innen wie von außen bedroht.

395 Wir Christdemokraten werden allen Bedrohungen für unser Land und seine
396 Menschen entschlossen entgegentreten. Wer unsere Grundwerte wie
397 Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem
398 begegnen wir mit aller Härte.

399 Wir Christdemokraten wissen um unsere Verantwortung in Europa und der
400 Welt. Wir wollen, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird und
401 sie mit Leben füllt.

402 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

403 **Sicherheit für alle**

404 **Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.** Sicherheit ist
405 eine Voraussetzung für Freiheit. Kernaufgabe des demokratischen
406 Rechtsstaates ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten –
407 in der analogen wie in der digitalen Welt. Wir wollen einen starken Staat, der
408 die Menschen in Deutschland schützt und ihnen so viele Freiräume wie
409 möglich lässt.

410 **Für ein sicheres Leben braucht es starke Sicherheitsbehörden im Innern.**

411 Leistungsfähige Sicherheitsbehörden schützen unseren Rechtsstaat und
412 ermöglichen Freiheit. Ihnen obliegt die Durchsetzung des staatlichen
413 Gewaltmonopols. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden für ein sicheres
414 Leben und um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken. Dazu
415 setzen wir auf ausreichend Personal, eine gute Ausstattung und
416 entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz
417 sowie eine engere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

418 **Sicherheit muss man fühlen können.** Unsere Polizei muss deshalb noch
419 sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in
420 ländlichen Räumen sein. Der Einsatz intelligenter Videosicherheitstechnik
421 an Gefahrenorten muss ausgebaut werden. Der Verwahrlosung des
422 öffentlichen Raums treten wir entgegen, denn sie ist oft Anfangspunkt für
423 Kriminalität.

424 **Wir setzen auf eine Gesellschaft, die aufeinander achtet.** Wir wollen eine
425 Kultur des Hinsehens, mehr Respekt füreinander und mehr Zivilcourage.
426 Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die
427 Menschen füreinander da sind.

428 **Unsere Einsatzkräfte verdienen mehr Wertschätzung.** Wir stehen fest an
429 der Seite derjenigen, die täglich alles dafür geben, um unsere Sicherheit zu
430 verteidigen. Für uns als CDU gilt seit jeher: Null Toleranz bei Gewalt gegen
431 Einsatz- und Rettungskräfte. Durch eine Weiterentwicklung des Strafrechts
432 wollen wir sie besser schützen. Von unschätzbarem Wert sind Rückhalt, Hilfe
433 und Unterstützung, die unsere Polizei, unsere Feuerwehr, unser Technisches
434 Hilfswerk und unsere Rettungsdienste aus der Bevölkerung erhalten.

435 **Unsere Sicherheitsstrategie heißt: Null Toleranz!** Wir dulden keine
436 rechtsfreien Räume. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss
437 umgehend bestraft werden. Wir kämpfen weiter gegen organisierte
438 Kriminalität und die Clankriminalität. Insbesondere Serientäter wollen wir
439 härter bestrafen. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole
440 sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen müssen mit der
441 ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.

442 **Gerichtsverfahren müssen schneller werden.** Wir wollen eine bessere
443 personelle Ausstattung, weniger Instanzen und einen Digitalisierungsschub
444 für die Gerichte. Dazu muss das Personal entlastet werden, vor allem durch
445 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Beschleunigte Verfahren müssen
446 häufiger angewendet werden.

447 **Opferschutz geht vor Täterschutz.** Opfer von Straftaten sind oft
448 traumatisiert und leiden lange unter deren Folgen. Wir wollen die Opferhilfe
449 verbessern und die Rechte der Opfer stärken. In der Aus- und Weiterbildung
450 von Polizei und Justiz muss die psychosoziale Prozessbegleitung verbessert
451 und dem Opferschutz mehr Gewicht gegeben werden.

452 **Wir wollen den Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch verbessern.**
453 Wir dürfen vor allem Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt nicht allein
454 lassen. Der Schutz aller Betroffenen muss absolute Priorität haben. Wir
455 müssen deutlich härter gegen Täter vorgehen. Genauso wichtig ist es, den
456 Opfern Wege aus der Gewaltspirale aufzuzeigen. Auch im öffentlichen Raum
457 müssen sich insbesondere Frauen und Kinder sicher bewegen können und
458 vor sexualisierter Gewalt geschützt werden.

459 **Kinderschutz braucht höchste Aufmerksamkeit.** Es braucht
460 flächendeckende, verbindliche Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder
461 betreut werden. Qualitätsstandards für die Arbeit der Jugendämter und
462 interdisziplinäre regionale Netzwerke sind unverzichtbar. Im Bedarfsfall
463 muss die aufsuchende Arbeit bei Kindern, Jugendlichen und Eltern schnell
464 und entschlossen sein. Wir wollen den Kinderschutz vor allem auch in der
465 digitalen Welt weiterentwickeln. Dafür nehmen wir uns dem Problem
466 ganzheitlich an: Wir setzen auf Prävention und Opferschutz, stärken die
467 Ermittlungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und verbessern die
468 Hilfestrukturen.

469 **Grundrechte sind auch im digitalen Raum zu wahren.** Die Wahrung und
470 Durchsetzung der Grundrechte sowie rechtsstaatlicher Prinzipien sind
471 Voraussetzung dafür, dass Digitalisierung Vertrauen und Akzeptanz findet.
472 Unseren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stellen wir zeitgemäße,
473 effektive Werkzeuge zur Verfügung, die den Grundsätzen der
474 Anlassbezogenheit und Verhältnismäßigkeit entsprechen.

475 **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.** Der Schutz der Menschen
476 und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor
477 Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Die Befugnisse in der analogen
478 Welt müssen genauso auch in der digitalen Welt zur Verfügung stehen. Diese
479 müssen maßvoll und rechtsstaatlich kontrolliert eingesetzt werden.
480 Niemand, der gegen unsere Gesetze verstößt, darf durch die Anonymität des
481 Netzes falschen Schutz erlangen. Um schwerste Straftaten wie sexuellen
482 Kindesmissbrauch oder Terroranschläge zu verhindern, muss es möglich
483 sein, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach
484 richterlicher Anordnung auszulesen.

485 **Wir bekämpfen Manipulationen im digitalen Raum.** Wir müssen uns besser
486 schützen vor Desinformationskampagnen von ausländischen staatlichen
487 Akteuren und Terrororganisationen, die unsere Demokratie destabilisieren
488 wollen. Von Künstlicher Intelligenz generierte Desinformationsphänomene
489 wie Deep Fakes sind ein gefährliches Instrument für Manipulation und damit
490 eine Gefahr für die Demokratie.

491 **Wir wollen die Sicherheitsarchitektur unseres Staates modernisieren.**
492 Unser Ziel ist ein bundesweit gleichermaßen hoher Standard bei allen
493 Maßnahmen der Gefahrenabwehr. Dabei halten wir an der
494 Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen fest. Der
495 Austausch von Erkenntnissen aller sicherheitsrelevanten Informationen
496 muss deutlich verbessert werden: zwischen dem Bundeskriminalamt (BKA)
497 und der Bundespolizei, zwischen den Polizeibehörden der Länder und auch
498 zwischen den Verfassungsschutzbehörden. Wir wollen das BKA beim
499 länderübergreifenden, polizeilichen Informationsaustausch als Zentralstelle
500 stärken und auch die Zusammenarbeit mit Europol weiter verstärken.

501 **Der Bund muss die Länder bei der inneren Sicherheit unterstützen**
502 **können.** Bedrohungen durch Extremismus, Terrorismus, Cyber-Angriffe
503 oder Katastrophenfälle nehmen keine Rücksicht auf Ländergrenzen oder auf
504 Grenzen von Bundesländern. Da nicht jedes Bundesland dagegen im gleichen
505 Maße wehrfähig sein kann, muss in hochspezialisierten Sicherheitsbereichen
506 eine freiwillige Übertragung von Kompetenzen der Gefahrenabwehr auf den
507 Bund oder auf andere Bundesländer ermöglicht werden.

508 **Deutschland muss besser vor Cyber-Angriffen geschützt werden.** Wir
509 wollen unsere Sicherheitsbehörden bei der Cyber-Sicherheit mit den
510 notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur
511 ausstatten. Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen im
512 Cyber-Raum genauso möglich sein wie im analogen Leben. Wo der Staat nicht
513 selbst tätig sein darf, muss er die Bevölkerung verstärkt aufklären und
514 informieren. Zusätzlich zu den Gefahrenabwehrkompetenzen der Länder
515 wollen wir die Fähigkeiten des Bundes stärken, mit den erforderlichen
516 Ressourcen auch hochspezialisierte und gemeingefährliche Cyber-Angriffe
517 durch aktive Gegenmaßnahmen abzuwehren.

518 **Die Bundeswehr muss bei Bedarf auch im Inland eingesetzt werden**
519 **dürfen.** Bereits heute sieht das Grundgesetz vor, dass die Bundeswehr für
520 bestimmte Aufgaben auch im Landesinneren herangezogen werden kann.
521 Der Rahmen ist jedoch zu eng definiert. Das wollen wir zum Schutz der
522 Bevölkerung ändern. Bei besonderen Bedrohungslagen, in denen nur die
523 Bundeswehr über die spezifischen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr verfügt,
524 muss sie auch eingesetzt werden dürfen.

525 **Wir wollen den Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen.** Zur
526 Modernisierung des Zivil- und Katastrophenschutzes setzen wir auf einen
527 Dreiklang aus gut ausgebildeten haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften,
528 zielgerichteten Einsatzkonzepten und einer moderneren Einsatzausstattung.
529 Die Bürger müssen sich auf ein gut aufgestelltes Warnsystem verlassen
530 können, sie sind aber auch selbst gefordert vorzusorgen. Der Bund muss im
531 Bevölkerungsschutz lageabhängig handeln können.

532 **Wir wollen die innere und äußere Sicherheit durch einen Nationalen**
533 **Sicherheitsrat gebündelt in den Blick nehmen.** Innere und äußere
534 Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Dementsprechend müssen
535 die institutionellen Strukturen angepasst werden. Es braucht einen zentralen
536 Ort der Koordination, der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention
537 und der Bündelung relevanter Erkenntnisse des Bundes und der Länder.
538 Hierzu wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt
539 einrichten.

540 **Für eine wehrhafte Demokratie**

541 **Der Staat muss Feinde unserer Demokratie hart bekämpfen.** Deutschland
542 ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit
543 sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten gefährden unsere
544 Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen und unsere
545 Freiheit und offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben
546 Medaille. Wir antworten mit schlagkräftigen, vernetzten
547 Sicherheitsbehörden, einer funktionsfähigen Justiz und starken
548 Nachrichtendiensten.

549 **Es braucht einen 360-Grad-Blick gegen Extremismus.** Wir brauchen
550 Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und
551 Terror – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus,
552 Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus handelt. Der Staat muss
553 Gefährder früher identifizieren und mit allen gesetzlichen Möglichkeiten
554 überwachen können. Radikalisierungsprozesse müssen bereits in den
555 Anfängen erkannt und unterbunden werden. Präventionsprogramme
556 müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung gestärkt und
557 ausgebaut werden. Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden
558 müssen konsequent den finanziellen Unterbau und Finanzströme von
559 extremistischen Gruppen aufklären. Mittel für die politische Bildung dürfen
560 nicht einseitig verteilt werden.

561 **Rechtsextremismus und Linksextremismus dürfen keinen Platz in**
562 **unserer Gesellschaft haben.** Sie sind Gift für unsere offene Gesellschaft und
563 widersprechen unserem christlichen Menschenbild fundamental. Wir treten
564 jeglicher Verharmlosung entschieden entgegen und bekämpfen jede Form
565 des Extremismus mit voller Härte.

566 **Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte**
567 **Gefahren.** Unser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine
568 islamistische Ordnung anstreben. Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.
569 Den ideologischen Nährboden dieses religiösen Extremismus müssen wir
570 viel intensiver in den Blick nehmen. Wir dulden dabei keinerlei
571 Rückzugsräume. Islamische Organisationen, die unter Beobachtung des

572 Verfassungsschutzes stehen, dürfen weder Gesprächs- noch Vertragspartner
573 sein. Sie dürfen nicht staatlich gefördert werden.

574 **Judenhass und Antisemitismus haben in Deutschland keinen Platz.** Juden
575 müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können. Wir bekämpfen
576 Judenhass und Antisemitismus, auch israelbezogenen Antisemitismus,
577 überall, auf unseren öffentlichen Plätzen, in Schulen oder im Internet. Dazu
578 reichen nicht nur harte Maßnahmen der Strafverfolgung. Es braucht ein
579 Signal der Gesellschaft: Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Wir
580 lassen uns in Deutschland nicht einschüchtern von antisemitischen
581 Gefährdern. Wir kämpfen gegen Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit
582 und Relativismus.

583 **Humanität und Ordnung**

584 **Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden.** Wir in Europa
585 müssen jederzeit wissen und Kontrolle darüber haben, wer warum über
586 unsere Grenzen zu uns kommen will, wer sich bei uns aufhält und wer uns
587 wieder verlässt. Die Einreise muss an den Außengrenzen der EU umfassend
588 elektronisch überwacht werden. Zu ihrer Sicherung gehört auch der bauliche
589 und technische Grenzschutz, wo immer es nötig ist. Frontex muss eine echte
590 Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen werden. Unser
591 Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam
592 europäisch zu schützen. Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz
593 müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.

594 **Das Leitmotiv unserer Asylpolitik lautet: Humanität und Ordnung.** Das
595 europäische Asylrecht ist in der Praxis inhuman: Wer zu alt, zu schwach, zu
596 arm oder zu krank ist, kann sich nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa
597 machen. Das jetzige europäische Asylrecht führt somit zu einem Recht des
598 Stärkeren. Zudem müssen wir feststellen: Es gelingt Europa nicht länger,
599 zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen zu unterscheiden.
600 Wer es nach Europa geschafft hat, sucht sich das Land seines Aufenthaltes
601 frei aus und bleibt – gleichgültig ob er unseres Schutzes bedarf oder unter
602 dem Vorwand der Asylsuche illegal einwandert.

603 **Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückerlangen.** Wir wollen
604 einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der
605 humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit
606 Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären
607 Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mehr Humanität bei der Aufnahme
608 von Schutzbedürftigen schaffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen
609 grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts ein.

610 **Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren.** Jeder, der in
611 Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und
612 dort ein Verfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der
613 sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Dazu wird mit
614 dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung
615 getroffen. Die Anforderungen an sichere Drittstaaten sind auf den Kern der
616 Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen
617 Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu
618 beziehen. Beide Konventionen beinhalten nicht das Recht, sich das Land des
619 Schutzes frei auszusuchen oder gewähren einen Schutzanspruch aufgrund
620 einer wirtschaftlichen Schwäche des Herkunftslandes.

621 **Wir wollen Schutzbedürftige durch humanitäre Kontingente aufnehmen.**
622 Als Christdemokraten standen und stehen wir zu unserer humanitären
623 Verantwortung. Wir haben in der Vergangenheit Menschen Schutz und
624 Aufenthalt in Deutschland geboten und wollen das auch in Zukunft tun. Wer
625 sich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-
626 Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland
627 einreist, und dies erfolgreich tut, soll Schutz in unserem Land finden. Das
628 Konzept der sicheren Drittstaaten soll nicht dazu führen, dass Europa sich
629 aus seiner humanitären Verantwortung stiehlt. Wir sprechen uns deshalb
630 dafür aus, dass nach der erfolgreichen Einrichtung des Drittstaatenkonzeptes
631 eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent
632 schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und auf die
633 Koalitionäre verteilt. Im Rahmen dieser Kontingente wollen wir uns gezielt an
634 die Schwächsten wenden und im Auswahlprozess Sicherheits- und
635 Integrationsanforderungen gleichermaßen Rechnung tragen.

636 **Deutschland in der Welt**

637 **Unsere Außen- und Sicherheitspolitik verlangt einen fundamentalen**
638 **Perspektivwechsel.** Die neue Weltlage erfordert es, unsere geopolitische
639 Handlungsfähigkeit wieder stärker in den Fokus zu rücken. Unsere
640 Partnerschaften sollen sich stärker an unseren strategischen Interessen
641 ausrichten. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern innerhalb von
642 EU, NATO und G7 müssen wir weiter pflegen. Deutschland soll sich noch
643 enger mit seinen Wertepartnern abstimmen und in der Lage sein,
644 gemeinsame Interessen mit seinen Partnern auch durchzusetzen. Eine
645 starke transatlantische Freundschaft muss das Fundament deutscher
646 Außenpolitik bleiben.

647 **Deutschland muss unabhängiger von autokratischen Staaten werden.** Wir
648 setzen bei unserer Außenpolitik auf die gestaltende Kraft der multilateralen
649 Zusammenarbeit. Zugleich nehmen wir mit Sorge wahr, dass sich
650 insbesondere China zunehmend von uns entfernt und als Systemrivale
651 auftritt. Auf diese geopolitischen Herausforderungen wollen wir angemessen
652 reagieren und unsere Interessen schützen, ohne Wohlstand zu gefährden.
653 Dafür verringern wir wirtschaftliche Abhängigkeiten – insbesondere bei
654 strategischen Wirtschaftsgütern und kritischen Rohstoffen durch
655 Diversifizierung von Lieferketten und Produktion, durch den Schutz
656 sicherheitsrelevanter Technologien, digitaler Infrastrukturen sowie durch
657 eine stärkere politische Kooperation mit Nord- und Südamerika und den
658 Ländern des Indopazifiks.

659 **Die Entwicklungszusammenarbeit muss stärker wirtschaftlich und**
660 **geopolitisch ausgerichtet werden.** Die Entwicklungszusammenarbeit soll
661 besser gebündelt und in den „Team Europe“-Ansatz sowie die „Global
662 Gateway“-Initiative integriert werden. Sie soll strategischer an unseren
663 Interessen ausgerichtet, mit klaren Erwartungen und überprüfbaren
664 Ergebnissen eingesetzt werden, um den Einfluss geopolitischer Rivalen und
665 Wettbewerber zu begrenzen. Darüber hinaus wollen wir privatwirtschaftliche
666 Initiativen stärker unterstützen – gerade auch bei grünen Technologien.

667 **Die Verbindung zu unserem Nachbarkontinent Afrika muss strategisch**
668 **ausgebaut werden.** Wir bilden Partnerschaften mit den afrikanischen

669 Ländern und unterstützen so den Weg zu nachhaltiger, wirtschaftlicher und
670 gesellschaftlicher Entwicklung. Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe und
671 stellen klare Erwartungen an die Zusammenarbeit. Wir wollen die
672 Afrikanische Union und andere regionale Zusammenschlüsse stärken, damit
673 die afrikanischen Staaten für ihre eigene Sicherheit und wirtschaftliches
674 Wachstum sorgen können und das Ziel der kontinentalen Freihandelszone
675 gelingt. Die Gesellschaften der afrikanischen Staaten sind für uns dafür
676 unverzichtbare Partner.

677 **Wir setzen uns für den Schutz universeller Menschenrechte ein.** Die
678 Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ist
679 für unser Handeln unverrückbares Fundament. Wir lehnen jede Form der
680 kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. Wir
681 setzen uns für eine effektive und nicht nur symbolische Verteidigung der
682 Menschenrechte ein. Wir machen uns für den Schutz von
683 Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten
684 Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit und den Schutz religiöser
685 Minderheiten stark. Die Lage der verfolgten Christen ist uns dabei ein
686 besonderes Anliegen.

687 **Die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz der multilateralen**
688 **Ordnung sind für uns unverhandelbar.** Wir stehen ohne Wenn und Aber zu
689 unseren Partnern, auch im Krisenfall. Ein Russland, das einen
690 verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung
691 sowie die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, kann kein
692 Partner sein. Wir hoffen, dass ein anderes Russland eines Tages als
693 kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen
694 werden kann. Dafür muss Russland vor allem das Existenzrecht seiner
695 Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptieren. Bis dahin kann europäische
696 Sicherheit nur gegen Russland organisiert werden. Die Ukraine, die Opfer
697 dieses Angriffskrieges ist, muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale
698 Integrität weiterhin die umfassende Unterstützung Deutschlands und der
699 freien Demokratien des Westens haben. Das gilt auch auf ihrem Weg zur
700 Mitgliedschaft in der EU und der NATO.

701 **Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.** Israels Existenzrecht und
702 die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind für uns nicht
703 verhandelbar. Israel hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt
704 zu leben. Für die Sicherheit Israels zu sorgen, bedeutet auch, sich für die
705 Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzusetzen.

706 **Wir stehen zur Bundeswehr**

707 **Wir wollen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr.**
708 Deutschland muss sich den Realitäten der veränderten Weltlage stellen und
709 dabei auch seiner Führungsverantwortung gerecht werden. Dafür müssen
710 wir wieder in der Lage sein, das eigene Land, die Partner in der EU und das
711 NATO-Bündnis gemeinsam mit unseren Partnern zu verteidigen. Wir
712 brauchen modern ausgerüstete, kampfstärke, durchhaltefähige Streitkräfte.
713 Die Jahrzehnte der Friedensdividende sind vorbei.

714 **Die Bundeswehr muss grundlegend reformiert werden.** Die militärischen
715 und zivilen Strukturen müssen neu aufgestellt und auf den militärischen
716 Zweck und Nutzen fokussiert werden. Personell und materiell muss die
717 Bundeswehr deutlich gestärkt werden. Das Beschaffungswesen und die
718 rüstungsindustrielle Basis müssen neu und strategisch ausgerichtet werden.
719 Ziel muss sein, die gravierenden Fähigkeitslücken auf hohem
720 technologischem Niveau und wo immer möglich mit gemeinsamen
721 europäischen Rüstungsprojekten innerhalb von zehn Jahren zu schließen.
722 Eine wirkliche Zeitenwende braucht mehr als nur ein einmaliges, zeitlich
723 begrenztes Sondervermögen. Zur Finanzierung des Umbaus des Systems
724 Bundeswehr und kampffähiger Streitkräfte wollen wir den NATO-
725 Verpflichtungen umfassend entsprechen.

726 **Wir stehen zu den Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr.** Sie
727 dienen unserem Land. Als Staatsbürger in Uniform sind sie bereit, ihr Leben
728 für unsere Freiheit einzusetzen. Dafür gebührt ihnen unser aller höchste
729 Anerkennung und ein sichtbarer Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir
730 unterstützen öffentliche Gelöbnisse, einen nationalen Ehrentag für die im
731 Dienst verwundeten oder gefallenen Soldatinnen und Soldaten und für
732 unsere Veteranen. Wir sind für eine regelmäßige Präsenz von Soldatinnen
733 und Soldaten im täglichen Leben und auch zur Nachwuchsgewinnung an

734 unseren Schulen. Wir wollen, dass herausragende militärische Leistungen
735 deutlich höhere Anerkennung erfahren. Die Soldatinnen und Soldaten
736 verdienen es, dass die Bundeswehr als Arbeitgeber auch materiell attraktive
737 Rahmenbedingungen bietet. Um den Personal- und Kompetenzbedarf der
738 Streitkräfte langfristig zu sichern, darf es auch nach der Aussetzung der
739 Wehrpflicht keine Denkverbote für die Zukunft geben. Das Konzept eines
740 verpflichtenden Gesellschaftsjahres soll auch den Streitkräften unseres
741 Landes zugutekommen.

742 **Wir müssen den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken.** Die
743 europäischen Partner innerhalb der NATO müssen eigenständig militärisch
744 handeln können, wenn dies für die NATO als Ganzes nicht möglich ist. Die
745 sicherheitspolitische und militärische Eigenständigkeit Europas im NATO-
746 und EU-Rahmen wollen wir stärken. Die militärischen Strukturen
747 europäischer NATO-Partner müssen noch stärker integriert werden,
748 militärische Ausrüstung muss gemeinsam mit europäischen Partnern
749 entwickelt und beschafft werden. Wir wollen, dass die Kooperation der
750 wehrtechnischen Industrie in Europa länderübergreifend noch konsequenter
751 und zielgerichteter vorangetrieben wird, um langfristig wirtschaftlich und
752 technologisch wettbewerbsfähig zu sein. Damit Deutschland auf
753 europäischer Ebene anschlussfähig bleibt, muss sicherheits- und
754 verteidigungsrelevante Forschungsk Kooperation mit Hochschulen ermöglicht
755 werden. Zivilklauseln müssen abgeschafft werden. Auch die nukleare
756 Teilhabe als wichtiges Element der nuklearen Abschreckung soll mit unseren
757 europäischen Partnern wie Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu
758 einem gemeinsamen atomaren Schutzschirm weiterentwickelt werden.

759 **Politik für Europa in Frieden und Freiheit**

760 **Wir sind die deutsche Europapartei.** Die europäische Idee hat Versöhnung
761 über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für die dauerhafte
762 Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst
763 eine Politik für den Frieden in Freiheit. Wir stehen für ein nach innen und
764 außen starkes, sicheres, demokratisches, geopolitisch handlungsfähiges,
765 zukunftsorientiertes, wettbewerbsfähiges und bürgernahes Europa. Gerade
766 weil die großen Herausforderungen unserer Zeit von keinem Nationalstaat

767 allein bewältigt werden können, müssen wir die geostrategische
768 Handlungsfähigkeit der EU und die Durchsetzung ihrer gemeinsamen
769 Interessen stärken. Der deutsch-französische Motor und das Weimarer
770 Dreieck mit Polen sind dabei für uns elementar. Vor dem Hintergrund des
771 zunehmenden internationalen Systemwettbewerbs und der anhaltenden
772 Blockbildung setzen wir uns für eine starke europäische Stimme in der Welt
773 ein. Die EU muss ein geopolitischer und weltpolitikfähiger Akteur werden.

774 **Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft.**
775 Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarkts, die Stärkung
776 der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und
777 Innovation, Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik,
778 Migration, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Wir setzen uns für
779 eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein, denn so wird
780 Europa für die Menschen erfahrbar. Wir verstehen die EU als starke
781 Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten mit supranationalen Merkmalen.
782 Wir streben eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren
783 Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Subsidiarität und der
784 Verhältnismäßigkeit an. Die Länder der EU müssen auch in Zukunft über die
785 Verteilung der Zuständigkeiten entscheiden.

786 **Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen.** Wir sind offen für eine
787 sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die EU. Zugleich
788 erwarten wir einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen
789 Verfassung. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Verfassungsgerichte
790 innerhalb des europäischen Verfassungsgerichtsverbands gestärkt werden.

791 **Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU substanziell stärken.** Dazu
792 wollen wir die EU und ihre inneren Prozesse reformieren.
793 Entscheidungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden, unter
794 anderem durch Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
795 Sicherheitspolitik. Zur Stärkung der Demokratie fordern wir ein Initiativrecht
796 des Europäischen Parlaments und die Einführung des
797 Diskontinuitätsprinzips bei Gesetzesvorschlägen. Die Europäische
798 Kommission soll spürbar verkleinert werden. Die Instrumente der
799 „verstärkten Zusammenarbeit“ sollen im Sinne eines Europas der Pioniere

800 häufiger genutzt werden. Wir wollen die Europäische Politische
801 Gemeinschaft weiterentwickeln, um den Dialog über die Mitgliedstaaten der
802 EU hinaus zu vertiefen und die Nachbarschaftspolitik zu stärken.

803 **Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten**
804 **muss realistisch sein.** Es darf keine Abstriche bei den Beitrittskriterien
805 geben. Der Weg sollte schrittweise und mehrstufig über den Zugang zum
806 Binnenmarkt, die Gewährung der vier Grundfreiheiten, die Teilnahme an
807 europäischen Programmen sowie die Gewährung des Beobachterstatus hin
808 zur Mitgliedschaft in der EU führen. Jeder Schritt soll auch für sich
809 genommen als dauerhafter Status im Sinne einer engeren
810 nachbarschaftlichen Partnerschaft möglich sein.

811 **Wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein.** Wir
812 wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Eine Schulden- und
813 Haftungsunion lehnen wir kategorisch ab. Den Stabilitätsmechanismus
814 wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Auch
815 Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem
816 zukünftigen Europäischen Währungsfonds können nur unter eindeutigen
817 Konditionen vergeben werden. Weitere Ziele sind die Vollendung der
818 Banken- und Kapitalmarktunion, die Weiterentwicklung der europäischen
819 Fiskalregeln im Sinne einer vorsorgenden Haushaltspolitik, die konsequente
820 Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien und die
821 Einführung von Insolvenzverfahren für Mitgliedstaaten. Die Europäische
822 Zentralbank muss unabhängig bleiben. Eine Weiterentwicklung des
823 einmaligen europäischen Wiederaufbaufonds zu einer Transferunion lehnen
824 wir ab.

825 **Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur.** Die
826 Staaten der EU müssen auf dem Feld der inneren Sicherheit enger
827 zusammenrücken. Die für die Prävention und Strafverfolgung relevanten
828 Daten müssen zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend
829 und schnell wie möglich ausgetauscht werden können. Wir wollen Europol zu
830 einem „europäischen FBI“ weiterentwickeln. Die operativen polizeilichen
831 Befugnisse sollen weiter bei den Mitgliedstaaten liegen.

832 **Eine Gesellschaft, die zusammenhält und**
833 **Chancen eröffnet**

834 Wir Christdemokraten lassen uns leiten von dem Respekt vor der
835 Individualität der Person. Wir schätzen die Vielfalt der Menschen. Aus dieser
836 Vielfalt Zusammenhalt und Gemeinschaft zu schaffen, das ist seit jeher unser
837 Anspruch, aus ihr ergibt sich unsere Stärke als Volkspartei.

838 Wir vertrauen den Menschen und wir trauen ihnen etwas zu.

839 Unsere Welt wird immer unübersichtlicher und schneller. Menschen sehnen
840 sich in ihr nach Geborgenheit und Sicherheit. Wir leben aber auch in einer
841 Welt, die Freiheiten gibt und voller Möglichkeiten ist. Unsere Politik will
842 Orientierung und Zuversicht geben. Unsere Politik will ermutigen. Unsere
843 Politik will zusammenführen.

844 Wir bieten ein Leitbild für eine Gemeinschaft, in der niemand allein gelassen
845 wird und in der jeder Mensch Respekt erfährt. Wir bieten ein Leitbild für eine
846 Gesellschaft, die gemeinsam in eine bessere Zukunft geht.

847 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

848 **Unser einigendes Band**

849 **Deutschland braucht Mut zu seiner Leitkultur.** Je vielfältiger und pluraler
850 eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das
851 diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben. Zu
852 unserer Leitkultur gehört insbesondere die Achtung der Würde jedes
853 einzelnen Menschen und der daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
854 das Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zur
855 Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die
856 Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der
857 Schutz von Minderheiten. Unsere Leitkultur umfasst mehr als das
858 Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und
859 Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine
860 unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche
861 Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche,

862 des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur
863 und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden
864 Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört
865 ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die
866 deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir
867 erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen
868 und Regeln. Eine über Generationen hinweg vererbte doppelte
869 Staatsbürgerschaft lehnen wir ab und sprechen uns für einen
870 Generationenschnitt aus, der spätestens bei der Enkelgeneration ansetzt.

871 **Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus.** Wir sind stolz auf
872 Deutschland. Deutschland ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und
873 Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir sind stolz auf unser
874 vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und
875 Kulturlandschaft, das lebendige Brauchtum. Wir stehen für einen weltoffenen
876 Patriotismus, der selbstbewusst unsere reiche parlamentarische Geschichte
877 und Freiheitstradition pflegt, aber im Wissen um unsere historische Schuld
878 nicht das eigene Land über andere stellt. Für uns sind Schwarz, Rot und Gold
879 die Farben des Hambacher Festes, der Paulskirche und der Deutschen
880 Einheit, die Farben unserer Demokratie und Republik. Sie stehen für
881 Einigkeit und Recht und Freiheit als prägende Leitideen unseres Staates.
882 Unsere nationalen Symbole wollen wir im öffentlichen Leben stärken. Der 23.
883 Mai als Tag des Grundgesetzes soll nationaler Gedenktag mit einer „Rede zur
884 Lage der Nation“ werden.

885 **Deutschland lebt vom Ehrenamt.** Ohne Ehrenamt ist in Stadt und Land kein
886 Staat zu machen. Die gesellschaftliche Leistung ist keine
887 Selbstverständlichkeit. Es wird Zeit, Kraft und Herzblut geschenkt – im Sport,
888 in Freiwilligen Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und
889 Helferorganisationen, im sozialen Bereich, für die Kultur und in der Politik.
890 Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen
891 einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass ihre Leistung größere
892 gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Wir wollen ihre Arbeit erleichtern,
893 indem wir Rechtsvorschriften und die Förderlandschaft vereinfachen und
894 übertriebene Haftungsregeln abbauen. Der Mensch gehört in den
895 Mittelpunkt, nicht das Ausfüllen von Formularen.

896 **Familien geben Sicherheit**

897 **Ehe und Familie sind Keimzelle unserer Gesellschaft.** Wir stehen zum
898 Leitbild von Ehe und Familie. Wir bekennen uns zu der Ehe als rechtlich
899 verbindliche und auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft zweier
900 Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes steht.
901 Familien in Deutschland sind vielfältig. Jede Familie ist einzigartig. Familie
902 ist überall dort, wo Menschen miteinander dauerhaft verbunden oder
903 verwandt sind und verbindlich – auch über Generationen hinweg –
904 Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist dort, wo Eltern für
905 Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander eintreten. In Familien
906 werden Werte vermittelt und soziales Miteinander, Partnerschaft und
907 Solidarität eingeübt. Hier wird der Sinn für Gerechtigkeit geschärft und die
908 Übernahme von Verantwortung für sich und andere erlernt. Damit sind
909 Familien die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
910 Familien geben Sicherheit.

911 **Unser Ziel sind gleiche Chancen für Frauen und Männer.** Wir arbeiten für
912 ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die
913 tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist. Wir wollen
914 eine moderne Gesellschaft, in der Frauen wie Männer gleichermaßen ihre
915 Stärken und Kompetenzen entfalten können und wertgeschätzt werden.
916 Mädchen und Frauen müssen die besten Chancen auf eine gute Bildung, faire
917 Löhne und sichere Arbeitsplätze erhalten.

918 **Wir geben jungen Menschen den Freiraum, sich zu entfalten.** Junge
919 Menschen brauchen Mut, sich ohne Angst vor Fehlern auszuprobieren, zu
920 widersprechen, das Hergebrachte infrage zu stellen, neue Wege zu gehen. Wir
921 schätzen den Wert der Erfahrung genauso wie den frischen Blick auf die
922 Dinge. Beides braucht es, damit eine Gesellschaft in eine bessere Zukunft
923 gehen kann. Die jungen Menschen in diesem Land treten gemeinsam ein
924 reiches Erbe an, aber sie stehen auch vor großen Herausforderungen. Die
925 Verlängerung der Lebenszeit, der demografische Wandel und der
926 Klimawandel machen es notwendig, erprobte Modelle des Arbeitens,
927 Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens weiterzuentwickeln.
928 Junge Menschen dürfen mit diesen großen Aufgaben nicht allein gelassen

929 werden. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen, in dem das
930 Versprechen gegenseitiger Fürsorge gelebt wird. Jede Generation hat das
931 Recht, Zukunft in Freiheit zu gestalten. Wir wollen, dass jede Generation
932 dabei auf einem sicheren Fundament stehen kann.

933 **Familien brauchen Freiräume.** Die meisten Familien wünschen sich mehr
934 Zeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir
935 flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene
936 Lebensphasen ermöglichen. Wir wollen finanzielle Spielräume für Familien
937 sichern und gerade auch alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche
938 Familien stärker unterstützen. Kinder aus bildungsfernen und
939 einkommensschwachen Familien brauchen besondere Aufmerksamkeit.

940 **Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung.** Qualitativ hochwertige
941 Kindertagesstätten und Kindergärten sind neben der Familie die zentralen
942 Orte, wo unsere Kleinsten Bildung erfahren. Dies ist vor allem für Kinder aus
943 bildungsfernen und nicht-deutschsprachigen Familien wichtig, um ihnen die
944 besten Startchancen zu geben und den Grundstein für den sozialen Aufstieg
945 zu legen. Voraussetzung hierfür ist gut ausgebildetes und engagiertes
946 Personal.

947 **Wir sind für Lebensschutz.** Der Schutz des Lebens in allen Lebenslagen hat
948 für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Das ungeborene
949 Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Die geltende Rechtslage zum
950 Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen
951 gesellschaftlichen Kompromiss ab. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Um es
952 Frauen und Männern in Konfliktsituationen zu erleichtern, sich für das Leben
953 zu entscheiden, setzen wir uns für gute Hilfsangebote und ein
954 entsprechendes gesellschaftliches Klima ein. Mit der hohen Zahl an
955 Abtreibungen finden wir uns nicht ab. Auch bei alten oder schwer erkrankten
956 Menschen achten wir ihre unantastbare Würde und räumen der
957 Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens den höchsten Stellenwert ein.

958 **Wir respektieren Vielfalt, aber lehnen Geschlechterideologie ab.**
959 Geschlecht ist eine biologische Tatsache. Deshalb halten wir an der
960 Unterscheidung der beiden biologischen Geschlechter fest. Zugleich
961 erkennen wir die Notwendigkeit einer besseren medizinischen und

962 rechtlichen Unterstützung von Menschen mit biologisch bedingter Trans-
963 und Intersexualität an. Daneben leben Menschen heute in vielfältiger Form
964 auch eine soziale Geschlechtlichkeit und Geschlechtsidentität im Rahmen
965 ihrer persönlichen Freiheit. Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung
966 entgegen.

967 **Wir wollen Zusammenhalt statt Identitätspolitik.** Es entspricht unserem
968 historischen Selbstverständnis als Volkspartei, die vielfältigen berechtigten
969 Interessen und Sichtweisen gesellschaftlicher Gruppen anzuerkennen und
970 sie, wo notwendig, zu einem Ausgleich zu bringen und damit zum
971 gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Ein identitätspolitisches
972 Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur
973 Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt, entspricht nicht unserem
974 Menschenbild.

975 **Religionen geben Halt**

976 **Wir erkennen die Kraft von Religionen an.** Wir bekennen uns zum
977 Gottesbezug unseres Grundgesetzes, wissen aber zugleich, dass unser
978 freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren
979 kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht
980 staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur
981 Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das die
982 Trennung von Staat und Religion umsetzt und gleichzeitig Kooperationen
983 ermöglicht. Religionen stehen nicht über dem Grundgesetz und sind kein
984 Freibrief zur Verbreitung intoleranter Ideen.

985 **Deutschland ist ein christlich geprägtes Land.** Unsere Kirchen und
986 Gemeinden sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens.
987 Sie sind gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung
988 geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben. Sie übernehmen mit
989 Krankenhäusern, Pflegediensten oder Kindertagesstätten eine wichtige Rolle
990 in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Christliche Symbole müssen im
991 öffentlichen Raum sichtbar bleiben, sie sind ebenso zu schützen wie der
992 Sonntag und die christlichen Feiertage.

993 **Jüdisches Leben gehört zu Deutschland.** Das Judentum hat die deutsche
994 Kultur und Geschichte seit 1.700 Jahren geprägt. Deutschland trägt
995 besondere Verantwortung für ein lebendiges und sicheres jüdisches Leben.
996 Wir sind dankbar, dass es heute wieder ein reiches jüdisches Leben in
997 unserem Land gibt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, jüdisches Leben zu
998 schützen und in Deutschland im Alltag wieder sichtbar zu machen.

999 **Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.** Rund sechs
1000 Millionen Muslime leben in unserem Land. Viele von ihnen haben in
1001 Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Die
1002 wenigsten von ihnen sind in den großen islamischen Verbänden organisiert.
1003 Wir unterstützen deutsche Muslime dabei, sich in Deutschland zu
1004 organisieren. Unser Ziel ist ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden
1005 des Grundgesetzes. Dazu gehört der weitere Ausbau von Forschung und
1006 Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen
1007 Imamen an deutschen Hochschulen. Es müssen Alternativen zur
1008 Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von
1009 Imamen aus dem Ausland gefunden werden. Es darf keine unmittelbare
1010 Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden,
1011 Islamverbände und deutsche Muslime geben.

1012 **Heimat verbindet**

1013 **Wir wissen um die Bedeutung von Heimat.** Heimat ist Lebensgefühl.
1014 Menschen brauchen Heimat. Ein Ort, an dem sie sich geborgen, geschützt und
1015 sicher fühlen. Er wird geschaffen von Menschen und geformt von Natur und
1016 Kultur. Heimat verbindet nicht nur die Generationen, sondern auch Tradition
1017 und Moderne. In ihr entwickeln sich Sprache, Brauchtum und Normen und
1018 damit entscheidende Zutaten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir
1019 wollen Zugewanderten die Möglichkeit geben, bei uns Heimat zu finden. Dies
1020 kann nur gelingen, wenn sie bereit sind, sich im Sinne unserer Leitkultur an
1021 unsere Art zu leben anzupassen und sich zu integrieren.

1022 **Das Recht auf die Heimat gilt fort.** Wir treten in unserer historischen
1023 Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und
1024 Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene
1025 Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend

1026 offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige
1027 Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer
1028 Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können
1029 diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim
1030 weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art
1031 müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. An
1032 unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger
1033 Verbesserung der Lebengrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.

1034 **Integration muss gefördert und eingefordert werden.** Es ist unsere
1035 gemeinsame politische Aufgabe, Migration und Integration zu gestalten. Die
1036 gelungene Einwanderungs- und Integrationsgeschichte vieler Menschen ist
1037 ein Beleg dafür, dass Integration in Deutschland zu einer Bereicherung
1038 werden kann. Dabei ist uns bewusst, dass die zu unternehmenden
1039 Anstrengungen zu einer gelungenen Integration umso größer sind, desto
1040 mehr der bisher für den Zugewanderten prägende Kulturraum sich in seinen
1041 Werten, seinem Staats- und Religionsverständnis sowie seiner Alltagskultur
1042 von unserem westlich geprägten unterscheidet. Wir haben die klare
1043 Erwartung, dass die zugewanderten Menschen sich einbringen, unsere Werte
1044 und unsere Gesetze achten. Nur dadurch erreichen wir ein gutes Miteinander.
1045 Wir wollen dazu verpflichtende individuelle Integrationsvereinbarungen.

1046 **Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft.** Wir erwarten, dass jeder,
1047 der dauerhaft bei uns lebt oder leben will, die deutsche Sprache spricht. Nur
1048 so können Menschen in unserer Gesellschaft ankommen und sich
1049 einbringen. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für lebendige
1050 soziale Beziehungen und den erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt.
1051 Daher setzen wir auf verpflichtende Sprachkurse.

1052 **Ein Gesellschaftsjahr verbindet.** Ein Gesellschaftsjahr für alle
1053 Schulabgänger ist eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer
1054 Gesellschaft zu stärken. Dieser Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen
1055 aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Für
1056 das verpflichtende Gesellschaftsjahr benötigen wir eine einheitliche
1057 Regelung im ganzen Bundesgebiet.

1058 **Gesellschaft braucht Ankerpunkte**

1059 **Deutschland muss Kulturnation bleiben.** Unsere kulturelle Identität wird
1060 gleichermaßen geprägt von großartigen Museen, fantastischen Orchestern
1061 und Theatern, Bibliotheken, weltbekannten Bands, Künstlerinnen, gefeierten
1062 Autoren, renommierten Architektinnen, einer kreativen Filmwirtschaft und
1063 einer innovativen Gamer-Community wie durch eine lebendige
1064 Breitenkultur. Kunst und Kultur bringen Farbe in unser Land, spenden
1065 Kreativität, Wissen, Kraft, Freizeit, Freude und Ideen. Sie bereichern uns und
1066 unser Leben – und sie sind ein enormer Standort- und Wirtschaftsfaktor in
1067 Stadt und Land. Wir definieren unseren politischen Auftrag darin, gute
1068 Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne in die Freiheit des kulturellen
1069 Schaffens einzugreifen. Eine ideologische Kulturpolitik lehnen wir ab.
1070 Leitlinie unserer Politik bleibt der Schutz der Freiheit der Kunst und des
1071 geistigen Eigentums. Wir wollen deshalb auch aus urheberrechtlichen
1072 Gründen Transparenz schaffen, wenn Inhalte von Künstlicher Intelligenz
1073 erstellt und veröffentlicht werden.

1074 **Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur.** Wir wollen der eigenen
1075 Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und
1076 Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der
1077 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-
1078 Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens-
1079 und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen
1080 Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur
1081 für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist
1082 auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre
1083 demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die
1084 Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgeschicksal der
1085 Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes.
1086 Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören
1087 in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die
1088 großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und
1089 Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene,
1090 lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher
1091 Vereinnahmung jeder Art ist. Wir bauen auf Gedenkstätten und Museen als

1092 Lernorte, die auf dem festen Fundament wissenschaftlicher Forschung
1093 stehen. Wir sind stolz auf die deutsche Einheit. Durch den Mut der Menschen
1094 wurde die Friedliche Revolution möglich.

1095 **Unsere Demokratie braucht freie Medien, sie braucht Meinungs- und**
1096 **Pressefreiheit.** Dieses hohe Gut zu schützen, ist unverrückbare Aufgabe der
1097 staatlichen Gewalt. Es darf nicht missbraucht oder monopolisiert werden.
1098 Deswegen ist es Aufgabe von Medienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass ein
1099 fairer Wettbewerb stattfinden kann. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das
1100 duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanstalten. Der
1101 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf seinen Kernauftrag
1102 konzentrieren. Ihm kommt in einer freiheitlich verfassten, pluralistischen
1103 Demokratie eine besondere Verantwortung zu, die er besser wahrnehmen
1104 muss. Er muss dem Publikum umfassend, ausgewogen und qualitativ
1105 hochwertig Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Nur
1106 dann trägt er zur informierten, politischen Willensbildung bei.

1107 **Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige Debattenkultur.**
1108 Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um den besten Weg machen
1109 unsere Demokratie stark. Viel zu oft reden wir übereinander statt
1110 miteinander. In unserer beschleunigten Gesellschaft fehlen zunehmend
1111 Geduld und die Bereitschaft, sich auf andere Meinungen einzulassen. Die
1112 Debatten- und Gesprächskultur hat Schaden genommen – vor allem während
1113 der Corona-Pandemie. Soziale Medien verstärken das Erregungspotenzial
1114 und den Trend, sich lieber mit Gleichgesinnten auszutauschen, als sich mit
1115 den Argumenten anderer zu befassen. Wir wollen die Debattenkultur und den
1116 verantwortungsvollen Umgang in den sozialen Medien stärken, die
1117 Potenziale sozialer Medien für guten demokratischen Austausch nutzen und
1118 entsprechende Bildungsangebote fördern. Unser Ziel ist es, das Verbindende
1119 in den Vordergrund stellen.

1120 **Wir sind für eine geschlechtergerechte Sprache, aber gegen Gender-**
1121 **Zwang.** Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur.
1122 Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung
1123 gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert,
1124 erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten. Sprache sollte

1125 zusammenführen und nicht ausschließen. Wir wollen, dass in allen
1126 Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen
1127 sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk keine grammatikalisch falsche
1128 Gender-Sprache verwendet wird. Wir sind für eine den Vorgaben des Rates
1129 für deutsche Rechtschreibung entsprechende Schreibweise.

1130 **Sport verbindet Menschen.** Er stärkt, aktiviert, begeistert und integriert.
1131 Sport vermittelt Kompetenzen für das ganze Leben und Werte wie Fairness,
1132 Verantwortung, Teamfähigkeit und Toleranz. Wir verstehen es als
1133 gesellschaftspolitische Aufgabe, unsere Sportvereine fit für die Zukunft zu
1134 machen und unsere Sportinfrastruktur zu stärken. Eine wichtige
1135 gesellschaftliche Bedeutung kommt darüber hinaus dem Schulsport zu. Er
1136 fördert nicht nur das Miteinander, sondern vermittelt auch die Bedeutung
1137 von Leistung, Anstrengung und Bewertung. Breiten- und Spitzensport
1138 bedingen einander. Sie fördern Gesundheit, Zusammenhalt und Wettbewerb.

1139 **Gute Bildung ein Leben lang**

1140 **Unser Bildungsideal setzt auf Offenheit, Toleranz und Vielfalt.** Unsere
1141 Vorstellung von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in
1142 der europäischen Kultur und im Christentum verwurzelt. Im Fokus unserer
1143 Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen.
1144 Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt,
1145 sein Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der
1146 Gesellschaft zu finden. Ungeachtet seiner Herkunft hat jedes Kind das Recht
1147 auf die bestmögliche Chance. Niemand soll bevorzugt oder benachteiligt
1148 werden.

1149 **Wir bauen auf elterliche Erziehungsverantwortung und**
1150 **Erziehungspartnerschaft.** Wir bekennen uns zum Grundrecht der Eltern,
1151 die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dies korrespondiert mit der
1152 Verantwortung der Eltern zur Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wir setzen
1153 in diesem Geiste auf eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen
1154 Bildungseinrichtungen und Eltern.

1155 **Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle.** Wir wollen gleiche
1156 Startchancen für alle und setzen auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen.

1157 Jeder muss die Chance haben, seine Talente, Fähigkeiten und Begabungen
1158 bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Wir setzen auf
1159 Leistungsorientierung. Leistung ist ein gerechter Maßstab, unabhängig von
1160 der Herkunft seine Chancen zu entfalten. Nur so kann Aufstieg unabhängig
1161 von der sozialen Herkunft gelingen. Daher streben wir ein differenziertes, auf
1162 die individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot an. Wir wollen
1163 Ungleiches ungleich behandeln auch bei einer individuellen
1164 Ressourcenzuweisung. Dazu gehört das gegliederte Schulsystem, dazu
1165 gehören auch freie und private Schulträger und dazu gehört die
1166 Begabtenförderung. Wir bekennen uns zur UN-
1167 Behindertenrechtskonvention und zur Inklusion in unserem
1168 Bildungssystem. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt. Die
1169 Chancen des Ganztags in der Grundschule für mehr Bildungsgerechtigkeit
1170 wollen wir nutzen.

1171 **Die Länder müssen im Bildungsbereich stärker zusammenarbeiten.** Es
1172 braucht besser aufeinander abgestimmte und vergleichbare Schulsysteme.
1173 Dies wollen wir über ein Kooperationsgebot zwischen den Ländern und eine
1174 Reform der Kultusministerkonferenz erreichen. Es braucht dort mehr
1175 Verbindlichkeit, eine bessere Vergleichbarkeit der Schulformen und
1176 Schulabschlüsse sowie mehr Effizienz.

1177 **Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.** Daher wollen
1178 wir die Mittel dafür erhöhen – unabhängig von der Entwicklung des
1179 Bruttoinlandproduktes. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen
1180 mindestens auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

1181 **Wir wollen gute Bildung von Anfang an.** Unser Ziel ist es, die frühe Bildung
1182 bundesweit zu stärken. Dafür wollen wir Kindertagesstätten und Schulen
1183 insbesondere an sozialen Brennpunkten stärker unterstützen. Wir wollen
1184 Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen stärker
1185 zusammendenken. Das schaffen wir, indem die Länder verpflichtende,
1186 institutionenübergreifende Bildungspläne einführen. Die Länder sollen
1187 verbindliche bundeseinheitliche Qualitätsmindeststandards festlegen.
1188 Insbesondere in den ersten Lebensjahren ist es wichtig, dass Kinder auch

1189 motorische Fähigkeiten und Bewegungsfreude entwickeln und lernen, sich
1190 zu konzentrieren.

1191 **Das Erlernen der Bildungssprache Deutsch hat Priorität.** Jedes Kind soll im
1192 Alter von vier Jahren einen einheitlichen und verpflichtenden Sprachtest
1193 durchlaufen. Kinder mit Förderbedarf müssen zur Teilnahme an einem
1194 vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten
1195 oder einer Vorschule verpflichtet werden.

1196 **Lesen, Schreiben, Rechnen sind die Grundlage für Bildungserfolg.** Auf sie
1197 muss insbesondere in den ersten Schuljahren ein besonderes Augenmerk
1198 gelegt werden. Doch der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von
1199 Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden,
1200 um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und
1201 Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Dabei kann Bildung
1202 weder weltanschaulich-parteilich noch wertneutral-beliebig sein. Politische
1203 und historische Bildung sind unverzichtbar und schaffen Resilienz gegen
1204 Extremismus. Musische und religiöse Bildung sind notwendig für eine
1205 ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Wir treten dafür ein, dass
1206 Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.
1207 Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen findet grundsätzlich
1208 in deutscher Sprache statt.

1209 **Bildungseinrichtungen müssen Zukunftswerkstätten sein.** Wir wollen
1210 Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken stärken.
1211 Die Vermittlung von MINT- und Medienkompetenzen sowie digitale
1212 Schlüsselkompetenzen müssen ausgebaut werden. In allen Schulformen
1213 müssen Praxisphasen ermöglicht werden. Das Thema Wirtschaft als Basis
1214 von Wohlstand und Demokratie muss schon in den Schulen vermittelt
1215 werden.

1216 **Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung in der Bildung.** Dabei muss
1217 sich Schule als ein lernendes System entwickeln. Nicht nur für Kinder aus
1218 bildungsfernen Elternhäusern bietet digitale Bildung große Chancen. Wir
1219 wollen digitale Lerninstrumente nutzen, um Kinder zum Lernen zu
1220 motivieren mit Instrumenten der Gamification. Lernmanagementsysteme

1221 und digitalen Lerninhalten ermöglichen einen strukturierten Unterricht auch
1222 dann, wenn Lehrkräfte ausfallen.

1223 **Der Lernort Schule muss gelingen.** Wir wollen gelingende
1224 multiprofessionelle Kooperation an unseren Schulen, in denen das gesamte
1225 Personal an der Schule unter Einschluss der Lehrkräfte, der Jugendhilfe und
1226 Eingliederungshilfe effizient und kindzentriert zusammenarbeitet.

1227 **Wir wollen die duale Ausbildung stärken.** Wir wollen, dass
1228 Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe
1229 erhalten. Dazu braucht es ansprechende und moderne Berufsschulen. Die
1230 Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen werden wir weiter
1231 verbessern. Der Meister muss eine deutsche Qualitätsmarke bleiben. Er muss
1232 gleichwertig zu akademischer Ausbildung im Rahmen des Deutschen
1233 Qualifizierungsrahmens in der staatlichen Finanzierung und der
1234 europaweiten Anerkennung werden. Seiner Bedeutung entsprechend
1235 werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich verankern.

1236 **Unser Ziel ist es, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss macht.**
1237 Jeder Ausbildungsinteressierte soll frühestmöglich einen Berufsabschluss
1238 erwerben können. Dazu wollen wir das Übergangssystem zu einem
1239 Chancensystem hin zu beruflicher Ausbildung weiterentwickeln. Dabei leitet
1240 uns die fortlaufende Orientierung an den individuellen Stärken und
1241 Kompetenzen der jungen Menschen. Gleichzeitig wollen wir die Vermittlung
1242 auf dem Ausbildungsmarkt weiter verbessern.

1243 **Studium und Lehre brauchen Qualität.** Hierfür ist eine starke und
1244 zuverlässige finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Wir
1245 wollen das elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite
1246 und die Begabtenförderwerke stärken. Wir müssen die Studienumgebung
1247 weiter verbessern, sodass sich auch mehr exzellente Studierende für
1248 Deutschland entscheiden. Das duale Studium leistet einen wertvollen Beitrag
1249 zur Absicherung des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland.

1250 **Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein.** In einer sich stetig
1251 wandelnden Gesellschaft sind wir alle gefragt, das ganze Leben lang
1252 dazulernen, neugierig und aktiv zu bleiben. Wir wollen die berufliche

1253 Weiterbildung stärken, indem wir den Weiterbildungsmarkt zu einem
1254 nachfrageorientierten Dienstleistungsmarkt entwickeln. Wir müssen auch
1255 Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe begreifen. Um gerade bei schneller
1256 digitaler Entwicklung Teilhabe zu garantieren, braucht es eine breite Palette
1257 an Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

1258 **Mit Exzellenz in die Zukunft**

1259 **Unser Leitbild ist eine innovative, leistungsfähige Wissenschaft.** Wir
1260 treten für die Freiheit und Exzellenz von Forschung und Lehre ein. Wir
1261 streben ein Wissenschaftssystem mit eigenverantwortlichen,
1262 konkurrierenden und kooperierenden Hochschulen an. Wir wollen die
1263 Wissenschaftslandschaft sowohl in der Spitzenforschung als auch in der
1264 Breite stärken. Die Exzellenz unserer Grundlagenforschung müssen wir
1265 erhalten und dafür auch die Kooperationen mit der unternehmerischen
1266 Praxis weiter ausbauen. Wir verlangen eine innovationsfreundliche
1267 Regulierung. Forschungsergebnisse müssen offen zugänglich sein. Digitale
1268 Informationen, vor allem der öffentlichen Hand, sollen zu
1269 Forschungszwecken genutzt werden können.

1270 **Wir stehen für mehr Gleichstellung und Vielfalt.** Exzellente Wissenschaft
1271 braucht Vielfalt und Originalität. Dazu gehören ein breites Spektrum an
1272 Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire
1273 Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig
1274 vom Geschlecht ermöglichen.

1275 **Es braucht mehr wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa.** Die
1276 Forschungsrahmenprogramme müssen als Innovationsmotoren der Kern
1277 der künftigen europäischen Forschungspolitik bleiben. Gerade kleinen und
1278 mittleren Unternehmen muss der Zugang dazu erleichtert werden.
1279 Hochschulen sollen strategische Partnerschaften mit anderen Hochschulen
1280 in der EU eingehen können. Forscher sollen forschen und nicht unnötige
1281 Formulare ausfüllen müssen.

1282 **Wir wollen mit Kreativität und Know-how die Zukunft gestalten.** Wir
1283 haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Datenökonomie,
1284 Automatisierung, Künstliche Intelligenz und Robotik erlauben ungeahnte

1285 Steigerungen in Produktivität und Qualität. Wir wollen diesen Fortschritt für
1286 unser Land und seine Menschen nutzen. Die Menschenwürde bleibt für uns
1287 auch dabei unantastbar. Dank unserer innovativen Forschung und
1288 Entwicklung sind wir in der Lage, die großen Herausforderungen unserer Zeit
1289 zu meistern. Wir sind Technologie-Optimisten. Wir wollen Räume für
1290 Sprunginnovationen schaffen. Hierzu setzen wir auf mehr Unternehmertum
1291 aus der Wissenschaft. Deutschland muss ein Land der Talente und Ideen
1292 bleiben.

1293 **Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle** 1294 **schaft**

1295 Wir Christdemokraten setzen auf das erfolgreichste Wirtschafts- und
1296 Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab
1297 aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte- und
1298 Wirtschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Chancengerechtigkeit,
1299 Selbstverantwortung, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität
1300 ausgestaltet. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes
1301 und die Bereitschaft zur Verantwortung füreinander.

1302 Sie hat zu Wirtschaftswunder, jahrzehntelangem Wachstum,
1303 Rekordbeschäftigung, soliden Haushalten, Wohlstand und sozialer Sicherheit
1304 geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden.

1305 Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen
1306 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und
1307 exzellenten Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der
1308 Familienunternehmen, der Hidden Champions, des Handwerks, der
1309 innovativen Gründer und weltweit erfolgreicher Industrieunternehmen. Die
1310 Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet die
1311 beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung.

1312 In Zeiten großer Umbrüche und neuer Herausforderungen müssen wir das
1313 Wohlstandsversprechen erneuern. Dabei setzen wir auf den Schutz des
1314 Eigentums, das Prinzip der Nachhaltigkeit, auf Ideenreichtum und

1315 Technologieoffenheit, die Kraft des Aufbruchs und der Digitalisierung, auf
1316 fairen Wettbewerb, freien Handel und soziale Verantwortung.

1317 Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und
1318 Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese
1319 soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und
1320 Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit
1321 Natur und Umwelt zu erreichen.

1322 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

1323 **Wohlstand für alle**

1324 **Wohlstand bedeutet mehr als Besitz und Einkommen.** Wohlstand gibt dem
1325 Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität, er ermöglicht Eigentum
1326 und Vermögen und er sichert Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gesellschaft.
1327 Jeder, der mit anpackt, muss es zu Aufstieg und Wohlstand bringen können,
1328 ungeachtet von Herkunft, sozialem Status, persönlichen Präferenzen.
1329 Wohlstand, entsteht durch Millionen individuelle Entscheidungen, der Staat
1330 setzt lediglich den Rahmen für diese Entscheidungen.

1331 **Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.** Wir setzen auf die
1332 Kraft des technologischen Fortschritts. Er verbessert unser Leben. Er ist
1333 Treiber für Wachstum und Voraussetzung dafür, dass Wohlstand für alle
1334 entsteht. Wir lehnen eine Politik, die auf weniger Wachstum und einen
1335 leistungslosen Wohlstand setzt, ab. Eine Politik, die das Ziel wirtschaftlichen
1336 Wachstums aufgibt, ist eine Politik der Verkümmernung.

1337 **Wir setzen auf einen starken Mittelstand.** Unsere kleinen und mittleren
1338 Unternehmen sind das Herz und die Seele unserer starken Volkswirtschaft.
1339 Eine konsequente Mittelstandspolitik ist daher Voraussetzung für die
1340 Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Regulatorische
1341 Hürden und steuerliche Belastungen müssen immer zuerst aus dem
1342 Blickwinkel des Mittelstands gedacht werden. Wir werben für eine positive
1343 gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum. Mittelständische
1344 Betriebe, das Handwerk, eigentümergeführte und Familienunternehmen,
1345 Dienstleister, Selbständige, freie Berufe, Gastronomie und Einzelhandel

1346 haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche,
1347 soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen und zu
1348 unterstützen.

1349 **Deutschland muss führendes Industrieland bleiben.** Die Industrie spielt
1350 bei unserer Wertschöpfung eine bedeutende Rolle. Die Stärke der deutschen
1351 Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist wesentlich für
1352 unsere strategische Resilienz. Wir werden den industriellen Kern unserer
1353 Wirtschaft stärken. Hierfür setzen wir vor allem auf wettbewerbsfähige
1354 Rahmenbedingungen in Ost und West. Wir brauchen eine Wachstumsagenda
1355 mit Strukturreformen, die großen wie mittelständischen Unternehmen
1356 gleichermaßen zugutekommt: einen konsequenten Bürokratieabbau,
1357 niedrige Steuern, ein größeres und sicheres Energieangebot, gut ausgebildete
1358 Arbeitskräfte sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive für
1359 Wirtschaft, Energie und Klima zur Sicherung unseres Industriestandortes.
1360 Wir werden Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen deutlich
1361 höheren Stellenwert einräumen.

1362 **Der europäische Binnenmarkt muss wettbewerbsfähig bleiben.** Hierzu
1363 setzen wir konsequent auf marktwirtschaftliche Instrumente, Entlastung,
1364 Deregulierung und Bürokratieabbau, Anreize, Innovation und
1365 Technologieoffenheit. Zudem setzen wir auf die geopolitische Souveränität
1366 Europas bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und wichtigen
1367 Wirtschaftsgütern. Wir wollen durch europäische Forschungsk Kooperationen
1368 Spitzentechnologie unterstützen. Unser Ziel ist ein souveräner europäischer
1369 digitaler Binnenmarkt mit einheitlichen Regeln für Unternehmen, damit
1370 diese schneller und einfacher skalieren können. Auch der
1371 Energiebinnenmarkt muss ausgebaut und vollendet werden.

1372 **Wir bekennen uns zum Freihandel.** Protektionismus lehnen wir ab. Freier
1373 Handel muss regelbasiert sein, er mehrt den weltweiten Wohlstand – auch
1374 unseren. Wir bekennen uns zu den Prinzipien des freien Welthandels und
1375 wollen neue Handelsabkommen abschließen. Unsere Handelspolitik basiert
1376 auf Wechselseitigkeit und strategischen Allianzen. Wir streben weltweit
1377 Verbesserungen beim Marktzugang für europäische Güter und
1378 Dienstleistungen an. Handelsabkommen dienen der Verbesserung der

1379 Handelsbeziehungen und dürfen nicht mit wirtschaftsfremden Themen
1380 überfrachtet werden.

1381 **Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir ab.** Wo möglich,
1382 begegnen wir diesem Risiko durch eine möglichst multilaterale und auf
1383 verlässliche Partner gestützte Handelsintegration. Wo nötig, schaffen wir in
1384 Deutschland und der EU eigene Kapazitäten, um wirtschaftlich souveräner
1385 und unabhängiger zu sein. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität.

1386 **Wir wollen Rohstoffhandel mit verlässlichen Partnern.** Mit
1387 Rohstoffpartnerschaften auf europäischer Ebene und mit unseren
1388 transatlantischen und verlässlichen Partnern weltweit wirken wir riskanten
1389 Abhängigkeiten entgegen. Wir setzen auf De-Risking. Durch die Bevorratung
1390 strategischer Rohstoffe ist es möglich, schnell und flexibel auf
1391 Marktschwankungen zu reagieren. Dies ist zunächst eine
1392 privatwirtschaftliche Aufgabe. Es braucht aber auch staatliche
1393 Unterstützung.

1394 **Europa muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Aufbau**
1395 **strategischer Basis- und Schlüsseltechnologien fördern.** Die Bedeutung
1396 digitaler Technologien für unsere Sicherheit, aber auch unseren Wohlstand
1397 und unseren Alltag allgemein wächst stetig. Wir sind als Europa in zu vielen
1398 Technologiebereichen abhängig von anderen Akteuren. Um künftig unsere
1399 Werte und unseren Platz in der Welt auch in der digitalen Welt sichern zu
1400 können, müssen wir in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz
1401 oder Quantencomputing eine Rolle einnehmen, die es uns ermöglicht, die
1402 Spielregeln zu bestimmen. Unser Zielbild ist ein digital souveränes Europa,
1403 das seine Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen auch in
1404 Technologiefragen selbstbewusst vertritt und mit eigenen Fähigkeiten
1405 untermauert.

1406 **Wir wollen einen innovationsoffenen Rahmen setzen.** Wir sehen unsere
1407 Aufgabe darin, einen Rahmen für Innovationen zu setzen und leistungsfähige
1408 Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Innovationen entstehen in
1409 Unternehmen: Sie brauchen Freiräume, um führende Technologien und
1410 Anwendungen zu entwickeln. Freiheit ist Innovationstreiber, Verbote sind es
1411 nicht.

1412 **Deutschland braucht eine neue Gründerzeit.** Bei technologischen
1413 Durchbrüchen und Sprunginnovationen muss Deutschland Weltspitze sein.
1414 Rahmenbedingungen und Prozesse für Gründungen müssen nachhaltig
1415 verbessert werden. Ein Gründungsprozess darf nicht länger als ein
1416 Fußballspiel dauern. Mit Gründerschutz zonen in den ersten beiden Jahren
1417 wollen wir bürokratie- und regulierungsfreie Räume schaffen. Wir setzen uns
1418 ein für bessere Finanzierungsbedingungen in allen Wachstumsphasen.

1419 **Wissenschaft und Wirtschaft müssen mehr zusammenarbeiten.** In der
1420 Kooperation von Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren liegen
1421 enorme Chancen, die wir stärker nutzen wollen. Wir setzen uns für mehr
1422 Unternehmergeist und Ausgründungen aus der Wissenschaft ein. Wir
1423 brauchen mehr verfügbares Investitionskapital und bessere
1424 Rahmenbedingungen. Hierfür bedarf es eines strategischen Ansatzes in
1425 Form einer nationalen Patent- und Ausgründungsstrategie.

1426 **Datenschätze müssen zum Wohle aller genutzt werden.** Wir wollen die
1427 automatisierte Erhebung und Nutzung von Daten fördern, denn nur mit
1428 Daten können uns Durchbrüche bei Künstlicher Intelligenz gelingen. Dazu
1429 erhöhen wir die Verfügbarkeit von Daten und nutzen deren
1430 Innovationspotenziale. Wir setzen vor allem auf Open Data als große Chance
1431 für Innovationen und Wachstum. Die Achtung von Persönlichkeitsrechten
1432 und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind dafür
1433 Grundvoraussetzung.

1434 **Der Datenschutz muss einfacher und innovationsfreundlicher werden.**
1435 Wir denken Datenschutz neu. Anstelle von Datenminimierung etablieren wir
1436 die Prinzipien Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst
1437 bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt
1438 werden. Datenerheber und Datenverarbeiter müssen Sorgfaltsstandards
1439 erfüllen. Darüber hinaus bündeln wir die Datenschutzaufsicht und setzen uns
1440 für eine Reform der Datenschutz-Grundverordnung ein.

1441 **Für wettbewerbsfähige Steuern**

1442 **Steuern dienen der Finanzierung des Staates und seiner Aufgaben.** Je
1443 mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. Es ist unser Ziel, dass

1444 die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Die Staatsquote muss sinken. Denn
1445 wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.

1446 **Steuerpolitik ist immer auch Standortpolitik.** Das Steuersystem spielt eine
1447 wichtige Rolle für unsere wirtschaftliche Ordnung und die
1448 Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Steuern sollen den
1449 Leistungsanreiz bewahren: Damit die Menschen einen Beitrag zum
1450 Gemeinwohl leisten, muss sich diese Leistung auch individuell lohnen.
1451 Steuern sollen dazu beitragen, den Markt in richtige Bahnen zu lenken; Wo
1452 Anreize nötig sind, um den Markt auf langfristige Perspektiven oder akute
1453 Notwendigkeiten auszurichten, sind steuerliche Anpassungen das Mittel der
1454 Wahl. Dies gilt auch für Anreize zur CO₂-Einsparung. Das Steuersystem muss
1455 im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein.

1456 **Unser Steuersystem muss einfacher, transparenter und gerechter**
1457 **werden.** Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche
1458 Leistungsfähigkeit. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept von der
1459 Unternehmens- bis zur Einkommensteuer. Es muss Anreize zu
1460 Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen und für Vertrauen und
1461 Rechtssicherheit sorgen. Sie sind die Grundlage für Investitionen und
1462 Konsum. Wir haben immer die Interessen aller Steuerzahler im Blick.

1463 **Wir wollen die arbeitende Mitte entlasten.** Starke Schultern müssen
1464 weiterhin mehr tragen. Wir halten daher am linear-progressiven
1465 Einkommensteuertarif fest. Der „Mittelstandsbauch“ bestraft Millionen
1466 Leistungsträger. Wir wollen den Einkommensteuertarif anpassen und
1467 spürbar abflachen. Die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz
1468 greift, soll deutlich erhöht werden. Auch im unteren Einkommensbereich
1469 sorgen wir für spürbare Entlastungen, vor allem bei den
1470 Sozialversicherungsbeiträgen.

1471 **Der Standort Deutschland braucht eine attraktive Unternehmensteuer.**
1472 Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichen höhere Löhne,
1473 mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum. Wir wollen eine
1474 rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung auf den Weg bringen.
1475 Angesichts schwankender Gewerbesteuererinnahmen brauchen Kommunen
1476 eine verlässlichere und auskömmlichere Finanzausstattung, die zugleich

1477 Anreize zur wirtschaftlichen Initiative und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen
1478 setzt. Familienunternehmen wollen wir in der Erbfolge nicht in der Substanz
1479 belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen, damit auch die
1480 nächsten Generationen das Unternehmen weiterführen können. Eine
1481 Vermögensteuer lehnen wir ab.

1482 **Arbeit ist eine Tugend**

1483 **Wir haben ein positives Bild von Arbeit.** Arbeit ist eine Tugend und
1484 sinnstiftend. Sie ist ein Beitrag zur Gemeinschaft und ein Weg zu
1485 individuellem Wohlstand. Arbeit entspricht dem menschlichen Bedürfnis
1486 nach Selbstverwirklichung und Entfaltung. Ein bedingungs- und anreizloses
1487 Grundeinkommen ist unvereinbar mit unserem Menschen- und
1488 Gesellschaftsbild. Jeder Einzelne hat individuelle Talente, die er in das
1489 Gemeinwesen einbringen soll. Wir sind die Partei der Arbeit.
1490 Vollbeschäftigung bleibt unser Leitbild für einen starken Arbeitsmarkt.

1491 **Arbeit ist vielfältig.** Erwerbsarbeit und ihre gerechte Entlohnung stiften die
1492 materielle Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Ein Beitrag zum
1493 Gemeinwesen besteht aber nicht nur in Erwerbsarbeit, auch in der Erziehung
1494 von Kindern, der häuslichen Pflege, im Ehrenamt und anderswo sind
1495 Menschen als arbeitende Leistungsträger füreinander da. Leistungsträger
1496 erkennt man nicht nur an der Höhe des Einkommens.

1497 **Leistung muss sich lohnen.** Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur wenn
1498 die eigene Anstrengung auch belohnt wird, gibt es einen selbstbestimmten
1499 Weg zu Eigentum und Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand. Wer
1500 mehr arbeiten möchte als bisher, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen
1501 vorfinden. Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung
1502 steuerfrei stellen.

1503 **Es braucht mehr Anreize, Arbeit anzunehmen.** Wer arbeiten kann, soll
1504 arbeiten. Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der
1505 Gemeinschaft. Das kann auch öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung
1506 beinhalten. Wer arbeitsfähig ist und sich angebotener Arbeit, Ausbildung
1507 oder Qualifizierung verweigert, muss finanziell spürbar schlechter stehen als
1508 jemand, der sich aktiv um Arbeit bemüht. Das ist Solidarität gegenüber

1509 denjenigen, die arbeiten und mit ihren Steuern und Abgaben die
1510 Sozialleistungen finanzieren. Der Grundsatz Fördern und Fordern muss
1511 immer gelten.

1512 **Wir beheben den Fachkräftemangel.** Das inländische Arbeits- und
1513 Fachkräftepotenzial muss besser ausgeschöpft werden. Wir helfen
1514 Schulabbrechern und Menschen ohne Ausbildung durch niedrigschwellige
1515 Angebote zur Qualifizierung, eine Arbeit zu finden. Wir wollen die
1516 Erwerbstätigkeit von Frauen durch attraktive Rahmenbedingungen und
1517 steuerliche Anreize fördern. Zudem wollen wir die Erfahrung und die
1518 Kompetenz älterer Menschen für den Arbeitsmarkt nutzen. Um Arbeit im
1519 Alter attraktiv zu machen, wollen wir eine Aktivrente einführen: Wer das
1520 gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte,
1521 sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.
1522 Auch die Digitalisierung ist Teil der Antwort auf den Arbeits- und
1523 Fachkräftemangel.

1524 **Deutschland braucht qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte aus Europa**
1525 **und der Welt.** Wir wollen für sie ein attraktiver und lebenswerter Standort
1526 sein. Wir wollen dem Fachkräftemangel gezielt und langfristig mit einer
1527 neuen digitalen Agentur für Einwanderung entgegenwirken, um die
1528 deutschen Auslandsvertretungen und die Ausländerbehörden zu entlasten
1529 und um Visaverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu
1530 beschleunigen. Für uns ist aber klar: Die berufliche Qualifikation muss das
1531 entscheidende Kriterium für die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften
1532 sein. Damit verhindern wir die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

1533 **Für ein solidarisches Miteinander**

1534 **Wir wollen einen starken Sozialstaat.** Jeder soll sich darauf verlassen
1535 können, dass die Solidargemeinschaft ihn trägt, wenn er sie wirklich braucht.
1536 Wir stehen für eine soziale Ordnungspolitik, die die aktivierende Vorsorge in
1537 den Mittelpunkt stellt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit
1538 vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen deshalb stets mitbedenken,
1539 dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen. In den
1540 Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer

1541 von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den
1542 Finanzbeziehungen geschaffen werden.

1543 **Wir wollen einen effizienteren Sozialstaat.** Dazu werden wir möglichst viele
1544 soziale Leistungen zusammenfassen, Rechtsvorschriften verständlicher
1545 machen und die Bürger persönlicher begleiten. Wir streben einen
1546 vollautomatisierten, intelligenten Datenabgleich an.

1547 **Wir wollen die Tarifpartnerschaft und die Mitbestimmung stärken.** Die
1548 Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hat
1549 Deutschland stark gemacht. Die Tarifbindung sorgt für faire Löhne,
1550 berechenbare Kosten und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb streben wir
1551 einen hohen Grad an Tarifbindung an. Dazu wollen wir die
1552 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen stärken. Die Sozialpartner
1553 müssen weiter die zentrale Rolle im Tarifausschuss spielen. Wir setzen
1554 zudem auf Öffnungsklauseln, damit die Sozialpartner flexibler verhandeln
1555 können. Wir respektieren die positive ebenso wie die negative
1556 Koalitionsfreiheit, die im Grundgesetz angelegt ist.

1557 **Die Lohnfindung muss in der Hand der Tarifpartner bleiben.** Die Politik
1558 darf hier keinen direkten Einfluss haben. Für uns ist klar, dass der Lohn
1559 immer auch Ausdruck von Produktivität sein muss. Außerdem müssen wir
1560 die Löhne von Steuern und Abgaben entlasten, um auch Arbeitsanreize zu
1561 erhöhen.

1562 **Für eine sichere Altersvorsorge**

1563 **Wir werden die Rente langfristig sichern.** Die Rente muss für alle
1564 Generationen gerecht und zuverlässig sein. Uns leitet der Grundsatz der
1565 Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss
1566 mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Deshalb werden wir
1567 langfristig sicherstellen, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45
1568 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt haben,
1569 Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der
1570 Grundsicherung im Alter liegt, damit diese davon leben können.

1571 **Es braucht in der Rente differenzierte Lösungen.** Es gibt viele Menschen,
1572 die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nur noch teilweise bis zur
1573 Regelaltersgrenze arbeiten können. Für diese Menschen brauchen wir
1574 passgenaue Lösungen, die ein gutes und sicheres Leben im Alter
1575 ermöglichen. Das ist Ausdruck unserer Solidarität. Gleichzeitig zeigt die
1576 langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir
1577 unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass
1578 die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss, und
1579 folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Da die
1580 gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen
1581 nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende
1582 kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen. Für Menschen mit geringem
1583 Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse.

1584 **Wir wollen Deutschland zum Land der Eigentümer machen.** Eigentum
1585 schafft Sicherheit. Eigentum, insbesondere Wohneigentum, ist ein wichtiger
1586 Baustein zur Altersvorsorge. Persönlich verantwortetes Privateigentum ist
1587 die Grundlage einer starken, stabilen und freien Gesellschaft. Privateigentum
1588 und Erspartes müssen deshalb eine sichere Bank bleiben. In der Sozialen
1589 Marktwirtschaft ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es
1590 Nutzen für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit
1591 gerecht werden kann.

1592 **Jeder soll vom Erfolg unserer Wirtschaft profitieren können.** Wir wollen
1593 private Vermögensbildung vor allem für kleine und mittlere Einkommen
1594 unterstützen, zum Beispiel durch steuerliche Anreize und attraktive
1595 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Wir werden das Versprechen einer
1596 Beteiligung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital
1597 unseres Landes einlösen. Aus dem Land der Sparer muss ein Land der
1598 Anteilseigner werden. Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu
1599 geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder
1600 Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft.

1601 **Für ein langes, gesundes Leben**

1602 **Wir wollen das Gesundheitswesen zukunftsfest machen.** Unser
1603 Gesundheits- und Pflegewesen bietet den Menschen in unserem Land eine

1604 gute Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage
1605 hierfür ist das duale System mit gesetzlichen und privaten
1606 Krankenversicherungen, das wir erhalten wollen. Um auch weiterhin eine
1607 gute Versorgung zu sichern, sind strukturelle Anpassungen im
1608 Gesundheitssystem erforderlich. Wir werden Qualifikationsoffensiven
1609 starten und konsequenter technologische Innovationen nutzen. Wir setzen
1610 aber auch auf Eigenverantwortung. Es muss sich für jeden Einzelnen lohnen,
1611 sparsam mit den Ressourcen unseres Gesundheitswesens umzugehen. Jeder
1612 von uns ist gefragt, mehr auf seine eigene Gesundheit zu achten. Wir wollen
1613 eine Gesellschaft des langen und gesunden Lebens. Der Staat kann dabei mit
1614 mehr Prävention, Bildung und Forschung unterstützen.

1615 **Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein.** Sie muss in unserer
1616 Gesellschaft mehr Beachtung finden. Wir setzen auf die frühzeitige
1617 Diagnostik und die Versorgung von Menschen mit psychischen
1618 Erkrankungen. Wir wollen das Angebot ambulanter und stationärer
1619 Therapieplätze ausbauen. Seit der Coronapandemie ist das Leid von Kindern
1620 und Jugendlichen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen
1621 besonders deutlich geworden. Auch für sie müssen Präventions- und
1622 Hilfsangebote gestärkt werden.

1623 **Unser Gesundheitssystem braucht eine solide Finanzierung.** Um die
1624 Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den
1625 Krankenkassen stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten
1626 wir fest. Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr
1627 Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.
1628 Wir stehen zur Selbstverwaltung als tragendem Prinzip der GKV.

1629 **Wir setzen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung.**
1630 Unser Ziel ist es, Versorgungslücken zu schließen und die gesundheitliche
1631 Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Es braucht
1632 mehr regionale Gesundheitszentren und sektorenübergreifende
1633 Zusammenarbeit, den Ausbau der Telemedizin und eine Stärkung der
1634 Präsenzapotheken. Die Hausarztpraxis muss die erste Anlaufstelle für
1635 Patientinnen und Patienten vor Ort bleiben.

1636 **Wir wollen eine starke Pflege.** Viele Menschen haben den Wunsch, zuhause
1637 gepflegt zu werden. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,
1638 Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der
1639 Nachbarschaft. Wir wollen die Pflege mit Strategien gegen den
1640 Fachkräftemangel und mit kalkulierbaren Heimkosten stärken. Wir wollen
1641 bezahlbare Pflegezusatzversicherungen einführen, um die
1642 Finanzierungslücke in der Pflege zu schließen. Wir stehen für mehr
1643 Eigenvorsorge und wollen die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung
1644 erhalten.

1645 **Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Wir verstehen
1646 Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als
1647 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür brauchen wir Barrierefreiheit in allen
1648 Lebensbereichen. Dazu gehört für uns politische Partizipation und
1649 Selbstvertretung, auch im Ehrenamt. Wir sprechen uns für die
1650 Selbstbestimmung und das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit
1651 Behinderungen aus. Sie müssen an Bildung und am Arbeitsleben
1652 gleichberechtigt teilhaben können. Wir schätzen die professionelle Arbeit in
1653 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in
1654 Behindertenwerkstätten.

1655 **Ein Deutschland, das nachhaltig und** 1656 **souverän ist**

1657 Wir Christdemokraten sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu
1658 bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend. Nachhaltiges Denken
1659 und Handeln gehört zur DNA unserer Partei.

1660 Die CDU schuf das erste Bundesumweltministerium, sie stellte die Weichen
1661 für nachhaltiges Wachstum und saubere Energien. Mit der Einführung der
1662 Schuldenbremse haben wir unseren Kindern und Enkelkindern ein
1663 Versprechen für nachhaltige Finanzen gegeben.

1664 Klimawandel und die Gefährdung der biologischen Vielfalt sind eine
1665 Bedrohung für unsere Erde. Die Bewältigung dieser Herausforderungen kann

1666 nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen. Daher gehören für uns
1667 Ökologie, Ökonomie und Soziales untrennbar zusammen.

1668 Wir Christdemokraten arbeiten für eine Umwelt, in der saubere Luft,
1669 sauberes Wasser und gute Böden eine Selbstverständlichkeit sind. Wir
1670 arbeiten für eine Zukunft, in der Energie sicher, sauber und bezahlbar ist.
1671 Auch hierfür ist die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft. Mit ihr
1672 sorgen wir dafür, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Wir sind die Partei
1673 der Nachhaltigkeit, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringt.

1674 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

1675 **Wir wollen eine bessere Welt hinterlassen**

1676 **Wir denken Politik immer nachhaltig.** Denn wir wollen die Welt besser
1677 hinterlassen, als wir sie heute vorfinden. Deswegen machen wir Politik immer
1678 auch im Sinne der nachfolgenden Generationen. Nachhaltigkeit verpflichtet
1679 uns zu einem Handeln mit Maß und Mitte, das uns als Gesellschaft ökologisch,
1680 ökonomisch und sozial widerstandsfähig macht und unseren Wohlstand
1681 erhält. Ökologie, Ökonomie und Soziales bilden die drei Säulen der
1682 Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und
1683 unterstützen deren nationale Umsetzung durch die deutsche
1684 Nachhaltigkeitsstrategie.

1685 **Die Pariser Klimaziele sind unsere Richtschnur.** Wir haben den Ehrgeiz,
1686 eine treibende Kraft für den Klimaschutz und Vorbild für andere zu sein. Die
1687 im Klimaschutzgesetz verbindlich verankerte Klimaneutralität bis 2045
1688 haben wir dabei fest im Blick – wohlwissend, dass Klimaschutz nur im
1689 globalen Kontext gelingen kann. Zugleich sehen wir unsere völkerrechtliche
1690 Verantwortung für die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen.
1691 Wir stehen zu unseren Zusagen zur globalen Klimafinanzierung und zur
1692 Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit.

1693 **Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen.** Maßnahmen zur
1694 Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind
1695 grundlegend in allen Politikfeldern. Der nachhaltige Umgang mit dem
1696 Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer

1697 Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Eine intakte Natur und Landschaft ist
1698 unabdingbare Voraussetzung für ein lebenswertes Umfeld, für Tourismus,
1699 für unsere Wirtschaft und für eine funktionierende und nachhaltige
1700 Landwirtschaft und damit für unser Leben.

1701 **Wir setzen auf den weltweiten Emissionshandel.** Der Emissionshandel ist
1702 als marktwirtschaftliches Instrument unser Weg, um das Klima effizient zu
1703 schützen. Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und
1704 in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren als zentrales
1705 Klimainstrument stärken. Auf dem Weg dahin setzen wir auf Kooperationen
1706 wie Klimaclub und Energiepartnerschaften.

1707 **Der Staat muss den Menschen etwas zurückgeben.** Für die Akzeptanz
1708 dieses Instruments ist es wichtig, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung
1709 grundsätzlich zur Entlastung insbesondere von Haushalten mit kleineren
1710 und mittleren Einkommen zu nutzen. Die Energiepreise dürfen keine soziale
1711 Frage werden.

1712 **Wir setzen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene**
1713 **Energieversorgung.** Der Energiemix von morgen ist vielfältig und
1714 energieeffizient. Es ist unsere zentrale Aufgabe, die Ziele der
1715 Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und der Bezahlbarkeit der
1716 Energieversorgung in Europa sicherzustellen. Wir wollen die Erneuerbaren
1717 Energien deutlich ausbauen. Sie allein werden für eine sichere und
1718 bezahlbare Energieversorgung nicht ausreichen. Daher wird unser Land
1719 weiterhin verschiedene Technologien brauchen, wenn kein Wind weht und
1720 die Sonne nicht scheint. Statt Kohle wollen wir in der nächsten Dekade mit
1721 Gaskraftwerken die bisher fehlende Möglichkeit der langfristigen
1722 Speicherung der Erneuerbaren Energien und die erforderlichen Grundlasten
1723 sichern. Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

1724 **Deutschland muss bei Energieinnovationen an der Spitze stehen.** Wir
1725 werden die klimafreundliche Erzeugung und Speicherung gerade von Strom
1726 vorantreiben. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf
1727 Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung. Dazu gehören derzeit
1728 Brennstoffzellen, Wasserstoffkraftwerke, klimafreundliche Gaskraftwerke,
1729 Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie

1730 Fusionskraftwerke. Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.
1731 Wir müssen besser beim Speicher- und Netzausbau vorankommen und die
1732 Digitalisierung nutzen. Nicht mit Denkverboten, sondern mit neuen Ideen
1733 gelingt uns der Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Verbraucher und
1734 Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass Energie zu jeder Tages-
1735 und Nachtzeit verfügbar ist.

1736 **Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“.** Deutschland hat
1737 ein Prozent der Weltbevölkerung und verursacht zwei Prozent des CO₂-
1738 Problems. Wir wollen aber 20 Prozent zur Lösung beitragen. Wir wollen mit
1739 einer Innovationsoffensive dafür sorgen, dass alle Technologien zur
1740 klimafreundlichen Erzeugung und Speicherung von Strom weiterhin mit uns
1741 erforscht, entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Deutschland muss
1742 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden. Wir wollen mit
1743 modernen Technologien, die bei uns Wachstum und Wohlstand schaffen,
1744 zum Vorbild für andere Länder werden.

1745 **Wir wollen den Rahmen für die Transformation so gestalten, dass unsere**
1746 **Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben.** Die notwendigen
1747 Innovationen sehen wir als Chance. Damit einhergehenden Belastungen,
1748 insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, wollen wir entschärfen.
1749 Dafür benötigen wir eine Industrie-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die
1750 Perspektiven gibt und Sicherheit schafft.

1751 **Wir müssen stärker in Kreisläufen denken.** Mit der Kreislaufwirtschaft
1752 ermöglichen wir nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern erschließen
1753 enorme Zukunftspotenziale. Wir wollen Kreislaufwirtschaft als
1754 grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; seien
1755 es Ressourcen wie Bodenschätze, aber auch für Lebensmittel, Wasser, Wärme
1756 oder auch Kohlenstoff. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und hin
1757 zu einer verantwortungsvollen Kreislaufwirtschaft, die den Grundsätzen
1758 Reduzieren, Wiederverwenden, Recyceln folgt. Wir wollen eine CO₂-
1759 Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO₂
1760 abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert. Wir sehen Kohlenstoff
1761 als wertvollen Rohstoff.

1762 **Der Erhalt der Biologischen Vielfalt ist Menschheitsaufgabe.** Dem
1763 weltweiten Rückgang der Biodiversität können wir nur dann entschieden
1764 entgegentreten, wenn wir das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur
1765 schärfen. Mit der Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz der
1766 Biodiversität kommen wir unserer gemeinsamen Verantwortung für den
1767 Erhalt der Schöpfung nach. Wir nutzen die Chancen der modernen Technik
1768 für den Schutz der Artenvielfalt.

1769 **Wir wollen die Leistungen der Natur sichern.** Wald, Acker und Grünland,
1770 Moore, Auen, Küsten und Meere: Das sind Ökosysteme, die täglich große
1771 Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten
1772 erleichtern, die Leistungen der Ökosysteme zu erhalten und sie bei dieser
1773 Aufgabe unbürokratisch und marktwirtschaftlich unterstützen.

1774 **Unser Wald braucht starke Wurzeln.** Der Wald ist Heimat, Lebensraum und
1775 Erholungsort. Er liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, ist CO₂-
1776 Speicher, eines der artenreichsten Biotope der Erde und Ursprung der
1777 Nachhaltigkeit. Wir setzen auf eine nachhaltige Nutzung unserer Wälder,
1778 denn sie sichert seine vielfältigen Funktionen. Dabei fördern wir den Auf- und
1779 Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder. Wir wollen die
1780 vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und weiterentwickeln.

1781 **Wir wollen Flächen nachhaltig nutzen.** In einem stark besiedelten Land wie
1782 Deutschland ist ein gemeinsames Bewusstsein für die begrenzte Fläche
1783 unerlässlich. Es ist daher geboten, sorgsam mit der uns zur Verfügung
1784 stehenden Fläche umzugehen und sie mehrfach zu nutzen.

1785 **Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

1786 **Unser Leitbild ist eine vor Ort verwurzelte, bäuerliche Landwirtschaft.**
1787 Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst-
1788 und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gesunde und sichere
1789 Lebensmittel. Sie wirtschaften umweltfreundlich und gehen gut mit den
1790 Tieren um. Unsere regional verankerte leistungsfähige Landwirtschaft
1791 verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für die
1792 Heimat und Umweltschutz. Eine von Kapitalinvestoren bestimmte

1793 Landwirtschaft lehnen wir ab. Wir sind die Partei der Land- und
1794 Forstwirtschaft und der ländlichen Räume.

1795 **Die Ernährungssicherung ist Basis unserer Unabhängigkeit.** Die
1796 Erzeugung und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln
1797 und nachwachsenden Rohstoffen ist eine strategische Aufgabe zur Sicherung
1798 unserer Lebensgrundlagen. Ernährungssicherheit ist Voraussetzung jeder
1799 wirtschaftlichen Entwicklung und grundlegend für das Wohlergehen der
1800 Menschen und für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir wollen unsere
1801 Ernährungssouveränität und den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen zu
1802 bezahlbaren Preisen sichern und einen wesentlichen Beitrag zur
1803 Welternährung leisten. Dazu müssen landwirtschaftliche Nutzflächen und
1804 Eigentum besser geschützt werden.

1805 **Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft muss objektiv bewertet**
1806 **werden.** Nur eine nachhaltige Landwirtschaft ist zukunftsfähig. Wir werden
1807 Indikatoren der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, die alle
1808 drei Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – gleichwertig
1809 abbilden, zur Grundlage unserer Politik für unsere Betriebe machen.

1810 **Umwelt- und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft.** Zur
1811 Erreichung der klima- und umweltpolitischen Ziele braucht die
1812 Landwirtschaft Freiräume statt detaillierter Vorgaben. Wir setzen auf
1813 Innovationen und auf Anreize statt auf Verbote. Digitalisierung,
1814 Präzisionslandwirtschaft und neue genomische Züchtungstechnologien sind
1815 eine Chance, die Landwirtschaft umweltfreundlicher und
1816 wettbewerbsfähiger zu machen. Sie können helfen, unsere Ernten stabil zu
1817 halten und dabei weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen und weniger
1818 Wasser zu verbrauchen. Wir wollen deshalb einen verantwortungsvollen, auf
1819 klaren Regeln basierenden Einsatz neuer Technologien ermöglichen.

1820 **Mehr Tierwohl braucht mehr Rechtssicherheit und Transparenz.**
1821 Tierhaltung ist unverzichtbarer Teil einer kreislaforientierten
1822 Landwirtschaft. Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland und
1823 wollen sie zukunftsfähig weiterentwickeln. Landwirte brauchen dafür einen
1824 verlässlichen Rechtsrahmen und eine sichere finanzielle Honorierung für

1825 erhöhte Tierwohlleistungen. Verbraucher müssen klar und verbindlich über
1826 Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

1827 **Wir bekennen uns zu einem freien und fairen Agrarhandel und zur**
1828 **Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.** Unsere Bäuerinnen und Bauern
1829 brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn.
1830 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss eine starke ökonomische Säule für
1831 die Landwirte bleiben. Sie muss es ihnen erlauben, nachhaltiger zu
1832 wirtschaften, ein gutes Einkommen zu erzielen und ihnen Schutz auf hoch
1833 volatilen Märkten bieten.

1834 **Leben und Wohnen in Stadt und Land**

1835 **Wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in Ost und West**
1836 **gleichermaßen stärken.** Viele Menschen leben gerne in der Stadt, viele leben
1837 gerne auf dem Land. Alle Menschen müssen dort gut leben und Heimat finden
1838 können, wo sie leben wollen, vom Dorf bis zur Großstadt. Der Staat trägt die
1839 Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse, dafür dass die
1840 Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden. Dabei nehmen wir auf regionale
1841 und kulturelle Unterschiede und verschiedene historische Traditionen
1842 Rücksicht. Dort, wo die Menschen leben, müssen sie sich sicher fühlen.

1843 **Wir wollen gutes Leben in der Stadt.** Das Wohnumfeld muss in der
1844 Stadtentwicklungspolitik stärker mitgedacht werden. Wo die Nahversorgung
1845 nicht mehr sichergestellt ist, werben wir für kreative Modelle, die
1846 Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Orte der Kultur und
1847 Begegnung bündeln. Viel Stadtnatur bietet ein Höchstmaß an Lebensqualität,
1848 dient der Gesundheit und der Klimaanpassung. Kluge Stadtentwicklung trägt
1849 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

1850 **Wir wollen gutes Leben auf dem Land.** Der ländliche Raum ist
1851 Zukunftsraum. Es ist Teil der Daseinsvorsorge des Staates, dafür zu sorgen,
1852 dass Menschen auf dem Land alles zum Leben vorfinden. Hierzu gehören vor
1853 allem eine ärztliche Grundversorgung, digitale Angebote und Infrastruktur,
1854 Zugang zu Bildung und öffentlichen Verwaltungsleistungen. Wir
1855 unterstützen Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

1856 Technologische Entwicklungen wie Telemedizin, autonomes Fahren und
1857 Drohnen geben Perspektiven und machen den ländlichen Raum attraktiv.

1858 **Es braucht mehr und bezahlbaren Wohnraum.** Das beste Mittel für
1859 bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen. Damit sich das
1860 Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen erleichtern und
1861 günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie
1862 mehr Bauland, weniger Auflagen im Bauordnungsrecht und schnellere
1863 Genehmigungen, die vollständig digital abgewickelt werden. Enteignungen
1864 und Markteingriffe wie Mietendeckel lehnen wir ab. Der soziale
1865 Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld indexiert werden,
1866 damit Mieten bezahlbar bleiben.

1867 **Die eigenen vier Wände geben Sicherheit.** Wir wollen, dass mehr Menschen
1868 in unserem Land Eigentümer werden können. Deshalb wollen wir bei der
1869 Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge für die erste
1870 selbstgenutzte Immobilie einführen und die Nebenkosten beim Erwerb einer
1871 Immobilie senken. Das erfolgreiche Baukindergeld wollen wir dauerhaft
1872 bereitstellen. Wir wollen regional passende und sichere Mietkaufmodelle
1873 entwickeln. Das Erbbaurecht wollen wir stärken.

1874 **Für Wahlfreiheit in der Mobilität**

1875 **Mobilität ist Ausdruck von Freiheit.** Die menschlichen Bedürfnisse nach
1876 Mobilität hängen maßgeblich von der individuellen Lebenssituation, dem
1877 Verkehrs-, Wohn- und Arbeitsumfeld und den eigenen Vorlieben ab. Wir
1878 schreiben niemandem vor, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Für uns
1879 müssen Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr zusammen
1880 gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff und Flugzeug sowie Automobil, Rad- und
1881 Fußverkehr sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich sinnvoll. Wir
1882 stehen zum Automobil, unabhängig von der Antriebsart.

1883 **Die Bahn muss leistungsfähiger, zuverlässiger und kundenfreundlicher**
1884 **werden.** Wir werden massiv in unsere Schieneninfrastruktur investieren, um
1885 Strecken zu elektrifizieren, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen
1886 und das Hochgeschwindigkeitsnetz auszubauen. Netz und Betrieb müssen

1887 stärker als bisher voneinander getrennt werden. Das Bahnnetz ist
1888 grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1889 **Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden.** Der öffentliche
1890 Personennahverkehr muss schnell ausgebaut werden, damit das Angebot
1891 sowie die Zuverlässigkeit der Versorgung steigen. Sie sind wichtiger als die
1892 weitere Senkung der Fahrpreise. Es braucht ein robustes Schienennetz und
1893 mehr Mobilität auf Nachfrage.

1894 **Wir setzen auf eine moderne Mobilität und Technologieführerschaft.** Wir
1895 wollen die Technologieführerschaft für nachhaltige Antriebe, in der Luftfahrt,
1896 bei Flugtaxis und Drohnen gewinnen. Den Zukunftsmarkt Shared Mobility
1897 werden wir stärken. Den Radverkehr wollen wir besser mit anderen
1898 Verkehrsmitteln kombinieren, unter anderem durch neue Radwege und den
1899 Aufbau von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen. Die Zukunft des
1900 Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und
1901 den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien wie den
1902 Hyperloop in den Blick nehmen.

1903 **Finanzielle Spielräume für kommende Generationen sichern**

1904 **Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit.** Die
1905 Garantie dafür ist die Schuldenbremse. Sie sichert die langfristige
1906 Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Wir wollen, dass auch zukünftige
1907 Generationen die Ziele ihrer Politik selbst definieren und eigene
1908 finanzwirksame Entscheidungen treffen können. Es soll der Grundsatz
1909 gelten, dass in Krisenzeiten aufgenommene Schulden in einer Generation
1910 zurückgezahlt werden.

1911 **Wir stehen zu den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit.**
1912 Schattenhaushalte wie schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ erschweren
1913 die Einhaltung dieser Prinzipien. Deshalb lehnen wir Schattenhaushalte
1914 grundsätzlich ab. Schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ dürfen nur in
1915 äußersten Ausnahmefällen eingerichtet und später nicht für andere Zwecke
1916 umgewidmet werden.

1917 **Wir wollen transparente und vergleichbare Haushalte.** Wir wollen, dass
1918 alle staatlichen Leistungen mit Wirkungskennzahlen verknüpft und
1919 regelmäßig überprüft werden. Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten,
1920 sich jährlich und digital darüber zu informieren. Zukunftsausgaben müssen
1921 aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Haushalte müssen immer auch
1922 ihre Zukunftslasten ausweisen.

1923 **Wir verlangen klare Haushaltsregeln in der EU.** Eine verlässliche und
1924 stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in Europa schafft eine starke EU und ist
1925 wesentlich für den dauerhaften Zusammenhalt der Staatengemeinschaft. Die
1926 Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrages
1927 müssen weiterentwickelt werden. Dabei müssen die Maastricht-Kriterien,
1928 insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent des
1929 Bruttoinlandsproduktes (BIP) und das jährliche Defizit-Kriterium von drei
1930 Prozent des BIP, weiterhin für alle Mitgliedstaaten verbindlich bleiben. Damit
1931 setzen wir ein klares Signal für Haushaltsdisziplin. Eine direkte
1932 Verschuldung auf europäischer Ebene, insbesondere verbunden mit einer
1933 gesamtschuldnerischen Haftung, lehnen wir ab.

1934 **Ein Staat, der funktioniert und vorangeht**

1935 Wir Christdemokraten wollen einen Staat, der Sicherheit gibt, Freiräume
1936 schafft und den Einzelnen nicht bevormundet. Wir sind stolz auf unser Land
1937 – auf unser Grundgesetz, den Rechtsstaat, unsere föderale Ordnung und
1938 unsere stabile Demokratie. All das haben wir seit Gründung der
1939 Bundesrepublik entscheidend geprägt.

1940 Mit den Herausforderungen wachsen auch die Anforderungen an einen
1941 funktionierenden Staat. Wir blicken heute auf einen
1942 modernisierungsbedürftigen Staat. Zuständigkeiten sind oftmals nicht klar
1943 verteilt. Vieles läuft zu langsam, zu bürokratisch, zu analog, zu kompliziert.

1944 Wir brauchen für unseren Staat einen Modernisierungsschub. Vieles muss
1945 auf den Prüfstand gestellt, Strukturen und Hierarchien müssen neu gedacht
1946 werden. Leitend dafür ist die Frage, bei welchen Aufgaben die Staatstätigkeit
1947 reduziert werden kann. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer

1948 leistungsfähigen bürgernahen Verwaltung abzubauen, ist eine dringende und
1949 ständige Aufgabe.

1950 Die Kraft für diesen Modernisierungsschub, für mehr Aufbruch und
1951 Erneuerung steckt in uns. Wir arbeiten entschlossen daran, unser
1952 Staatswesen fit für die Zukunft zu machen.

1953 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.

1954 **Wie wir den Staat denken**

1955 **Wir wollen einen dienenden Staat.** Der Staat ist nicht für sich selbst,
1956 sondern für die Bürger gegründet. Er darf die Bürger nicht bevormunden,
1957 sondern er muss ihre Freiheit schützen, ihnen Sicherheit bieten und die
1958 Grundversorgung sicherstellen. Wir streben konsequent nach einem Staat,
1959 der den Bürgern mehr ermöglicht, als er verhindert. In unserem Staat trägt
1960 dabei jeder Einzelne als Bürger immer auch Verantwortung für das Ganze.

1961 **Wir wollen einen funktionierenden Staat.** Als CDU geben wir den Bürgern
1962 in unserem Land ein Versprechen: Wir arbeiten für einen Staat, der
1963 funktioniert. Für einen Staat, der durch Reformen schneller, funktionaler,
1964 effizienter wird. Wir müssen raus aus der Komplexitätsfalle, also Prozesse
1965 verschlanken und vereinfachen. Dazu werden wir Führungsebenen
1966 reduzieren, Teamarbeit etablieren, die Möglichkeit zur Besetzung von
1967 Führungspositionen mit externen Experten auf Zeit ermöglichen und
1968 Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung Erfahrungen in privaten
1969 Organisationen machen lassen. Kurzum: Wir wollen einen modernen, agilen
1970 und handlungsfähigen Staat, auf den sich die Bürger verlassen können.

1971 **Wir wollen einen lernenden Staat.** Politische Entscheidungen sollen
1972 dynamisch und auf Basis von Daten, Fakten und strategischer Vorausschau
1973 getroffen werden. Jede Maßnahme soll mit klaren, messbaren Zielen
1974 hinterlegt werden. Der lernende Staat muss immer bis zum Ende denken und
1975 muss sich in seinen Prozessen kontinuierlich überprüfen. Er muss die
1976 Chancen der Digitalisierung besser nutzen.

1977 **Wir wollen einen krisenfesten Staat.** Er muss in der Lage sein, schnell und
1978 wirksam auf Herausforderungen und Krisen wie Naturkatastrophen und

1979 Cyber-Angriffe zu reagieren. Unser Ziel ist eine stabile, resiliente
1980 Gesellschaft, die auch in schwierigen Zeiten nicht auseinanderbricht,
1981 sondern Krisen abfedern und sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen kann.
1982 Wir wollen eine Überarbeitung der Notstandsverfassung unseres
1983 Grundgesetzes. Auch im Krisenfall muss dabei der Deutsche Bundestag das
1984 zentrale Verfassungsorgan bleiben.

1985 **Wir wollen den verbindenden Geist unserer Verfassung stärken.** Unser
1986 Staat, unsere Verfassung und unsere Gemeinschaft leben von einem Geist,
1987 der verbindet. Die Kultur unserer Verfassung beruht auf gemeinsamen
1988 Wertüberzeugungen christlichen Ursprungs, die Staat und Gesellschaft
1989 gleichermaßen im Bewusstsein zu halten und zu verteidigen haben. Dieses
1990 Grundverständnis darf nicht beliebig dem Zeitgeist angepasst werden.
1991 Verfassungswandel ist kein Automatismus, sondern für uns gilt:
1992 Verfassungswandel nur durch Verfassungsänderung.

1993 **Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie.** In unserer Demokratie
1994 lenken die Bürger durch gewählte Volksvertreter die Geschicke der Politik.
1995 Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum
1996 Beispiel als kommunale Mandatsträger für das Gemeinwesen engagieren.
1997 Partizipative Demokratieelemente können eine sinnvolle Ergänzung sein,
1998 aber sie können etablierte Repräsentationsverfahren nicht ersetzen.

1999 **Unser Ziel sind lebendige, selbstbewusste Parlamente.** Wichtige
2000 Entscheidungen der Regierungen müssen in den vom Volk gewählten
2001 Parlamenten debattiert werden. Denn der Plenarsaal ist das zentrale Forum
2002 der Demokratie. Die Parlamente müssen die Regierungen und die öffentliche
2003 Verwaltung effektiv kontrollieren können. Wir stellen uns einer immer
2004 stärkeren Auslagerung von politischen Entscheidungen in informelle
2005 Gremien und in „Expertenkommissionen“ sowie auf die internationale Ebene
2006 entgegen.

2007 **Das Parlament muss leistungsfähiger werden.** Unser Ziel sind schlanke,
2008 effiziente Parlamente. Dazu braucht es eine Reform der Parlamentsarbeit, die
2009 vermehrt auf eine Erfolgs- und Vollzugskontrolle setzt und sich nicht nur in
2010 Kleinstdetails der Gesetzgebung oder in einer Darstellung von
2011 Regierungsinformationen verlieren soll. Abgeordnete sollten ihre Bezüge

2012 nicht für sich selbst, sondern immer erst für die Abgeordneten der
2013 nachfolgenden Wahlperiode festlegen.

2014 **Das Wahlrecht muss nachvollziehbar und verständlich sein.** Ein reines
2015 Verhältniswahlrecht lehnen wir ab. Wir setzen auf Elemente des Personen-
2016 und Mehrheitswahlrechts. Das Wahlalter ist für uns gekoppelt an die
2017 Geschäftsfähigkeit und volle Strafmündigkeit junger Menschen.

2018 **Wir setzen auf Föderalismus.** Die föderale Struktur Deutschlands ist
2019 Ausdruck von gewachsenem kulturellem und geschichtlichem
2020 Selbstverständnis, von Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus
2021 und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Prinzipien unseres
2022 Staates und funktionieren nur im gemeinsamen Willen zur Gestaltung. Die
2023 Länder haben den Bund gebildet und nicht andersherum.

2024 **Wir setzen auf Subsidiarität.** Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet für uns,
2025 dass übergeordnete Ebenen nur die Aufgaben wahrnehmen, die sie besser
2026 lösen können als untergeordnete Ebenen. Im Hinblick darauf wollen wir, dass
2027 Bund und Länder ihre Aufgaben entflechten. Die Länder sollen nicht nur eng
2028 zusammenarbeiten, sondern auch stärker in den Wettbewerb um die besten
2029 Ideen gehen. Die Kommunen sind und bleiben für uns ein föderaler
2030 Bestandteil der Länder. Die Verantwortungsprinzipien müssen sich auch in
2031 den Bund-Länder-Finanzbeziehungen widerspiegeln.

2032 **Die Bund-Länder-Beziehungen müssen reformiert werden.** Um unsere
2033 Vorstellungen von Föderalismus und Subsidiarität umzusetzen, brauchen
2034 wir eine Föderalismusreform. Diese muss auch die Herausforderungen einer
2035 digitalen und technischen Standardisierung im Bundesstaat lösen.

2036 **Wie wir die Verwaltung denken**

2037 **Der Staat muss schneller werden.** Unser Staat braucht für viele
2038 Genehmigungsprozesse zu lange. Wir müssen die Planung konsequent
2039 beschleunigen. Dafür braucht es mehr systematische Zusammenfassung im
2040 Verwaltungsrecht und weniger kleinteilige Regelungen. Als allgemeiner
2041 Grundsatz soll gelten: „Ein Projekt – ein Verfahren“. Zur schnelleren
2042 Umsetzung national bedeutsamer Infrastrukturprojekte wollen wir verstärkt

2043 Bundesgesetze und Bundesgesellschaften nutzen. Kommunen brauchen
2044 mehr Freiräume durch pauschal zugewiesene Finanzmittel und durch
2045 Experimentierräume.

2046 **Behörden müssen bürgerfreundlicher werden: Digital wird Standard.**
2047 Ämter und Behörden sind für die Bürger da. Wir wollen deshalb
2048 Bearbeitungs- und Verwaltungsprozesse verschlanken und stärker
2049 automatisieren. Durch technologische Innovation entlasten wir die
2050 Mitarbeiter der Verwaltung und erleichtern den Bürgern den Zugang zu
2051 staatlichen Angeboten und Prozessen. Dabei wird der digitale Prozess zum
2052 Standard. Für Menschen, die sich mit dem digitalen Weg schwertun, setzen
2053 wir auf Unterstützung in den Behörden vor Ort. Der Mensch muss immer im
2054 Mittelpunkt stehen.

2055 **Der Staat muss unbürokratischer werden.** Wir brauchen eine
2056 funktionierende Bürokratiebremse und eine wirksame staatliche
2057 Selbstbeschränkung – nicht nur auf der Ebene der Gesetzgeber und der
2058 Regierungen, sondern auch auf der Ebene mittelbaren Staatsverwaltung und
2059 in deren Selbstverwaltungskörperschaften. Es ist dringend notwendig,
2060 überflüssige Bürokratie abzubauen, auch zugunsten einer leistungsfähigen
2061 Verwaltung. In diesem Zusammenhang wollen wir den Nationalen
2062 Normenkontrollrat aufwerten und in das Bundeskanzleramt zurückholen.
2063 Statt immer mehr externer Berater brauchen wir in den Behörden
2064 regelmäßige interne Stresstests und eine flexible „interne
2065 Unternehmensberatung“.

2066 **Es braucht nicht mehr, sondern bessere Gesetze.** Dazu wollen wir eine
2067 Reform unserer Rechtsetzungsprozesse und eine neue Art der Gesetzgebung
2068 anstoßen. Wir wollen weg von kleinteiligen Paragrafenregelungen, hin zu
2069 strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung. Dazu setzen wir
2070 konsequent auf Evaluationen, Befristungen und eine nachprüfbare
2071 Kennzahlensteuerung und Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen.
2072 Gesetze sollen grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft
2073 treten. Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen
2074 und Bürger und Unternehmen. Wir werden neue Gesetze zudem immer auch
2075 in digitaltauglicher Form beschließen, damit diese in einer digitalen

2076 Verwaltung automatisiert ausgeführt werden können. Es muss generell
2077 gelten: Wenn es nicht notwendig ist, eine Regelung zu erlassen, dann ist es
2078 notwendig, keine Regelung zu erlassen.

2079 **Wir wollen Bundesexperimentierräume einführen.** Unser Land braucht
2080 eine „Einfach-mal-machen-Mentalität“. Statt mutig neue Wege zu gehen,
2081 verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragraphen. Wir wollen deshalb
2082 Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder
2083 um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen –
2084 auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So
2085 könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert
2086 werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt.

2087 **Wir setzen auf eine datenbasierte Verwaltung.** Wir wollen und müssen es
2088 dem Staat ermöglichen, auf relevante Daten zuzugreifen. Nur eine
2089 datenbasierte Verwaltung kann eine digitalisierte Verwaltung gewährleisten.
2090 Privater Datenschutz und staatliche Datennutzung dürfen keine Gegensätze
2091 sein, sondern müssen nebeneinander möglich sein. Wir verstehen
2092 Datenschutz nicht nur als Abwehrrecht gegen den Staat, sondern
2093 Datennutzung auch als Teilhaberecht an staatlichen Leistungen. Beim
2094 Umgang mit Daten orientieren wir uns am „Once-Only“-Prinzip: Bürger und
2095 Unternehmen sollen Standardinformationen nur ein einziges Mal mitteilen
2096 müssen.

2097 **Regierungen und Behörden müssen schlanker werden.** Unser Ziel ist es,
2098 die Zahl der Bundesbehörden zu reduzieren. Wir wollen das Personalwesen
2099 aller Ministerien bündeln. Regierungen und Behörden müssen mit den
2100 Ressourcen auskommen, die sie haben. Wir brauchen nicht für jedes neue
2101 Problem einen neuen Beauftragten oder eine neue Behörde.

2102 **Unser Staat braucht eine umfassende Aufgabenkritik.** Wir setzen uns dafür
2103 ein, dass jede staatliche Aufgabe ein gesamtstaatliches Preisschild erhält.
2104 Wenn der Staat eine Aufgabe übernimmt, muss der Bürger wissen, was für
2105 ein Aufwand dahintersteckt. Die Bürger müssen zudem nachvollziehen
2106 können, welche staatliche Ebene für welche Aufgabe verantwortlich ist und
2107 warum. Das Konnexitätsprinzip ist für uns dabei leitend.
2108 Mischfinanzierungen wollen wir verhindern.

2109 **Deutschland braucht einen attraktiven öffentlichen Dienst.** Der Staat ist
2110 auf leistungsfähige Angestellte und Beamte angewiesen. Wir bekennen uns
2111 zu einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Seine Stärke sind seine
2112 qualifizierten und motivierten Mitarbeiter. Mit ihnen gemeinsam wollen wir
2113 die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsstrukturen weiter verbessern.
2114 Berufsbeamtentum wollen wir künftig vor allem dort, wo es um hoheitliche
2115 Aufgaben und kritische Infrastrukturen geht. Kosten für
2116 Pensionsrückstellungen müssen klar beziffert werden.

2117 **Der öffentliche Dienst soll flexibler werden.** Der öffentliche Dienst braucht
2118 flexiblere Einstiegsvoraussetzungen, ein flexibleres Laufbahnrecht, eine
2119 stärker leistungsorientierte Vergütung und attraktivere Arbeitsorte. Wir
2120 wollen die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, privatem Bereich und
2121 Wissenschaft verbessern. Gefragt ist ein aktives Personalmanagement.

2122 **Mit unseren Werten in die Zukunft**

2123 Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen. In diesem
2124 Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir
2125 Christdemokraten besitzen: unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und
2126 Vorstellungen für die Zukunft.

2127 Wir glauben an die Menschen. Wir nehmen sie so, wie sie sind. Wir wollen sie
2128 nicht verändern.

2129 Wir wollen unser Land voranbringen. Wir wollen Aufbruch, Erneuerung und
2130 Modernisierung. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren
2131 Grundsätzen zusammenbringen und auf der Grundlage unserer Werte
2132 immer wieder neu die Zukunft gestalten. Das macht uns als moderne
2133 Volkspartei aus.

2134 Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen auf ein starkes
2135 Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält.

2136 Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist; eine Gesellschaft, die
2137 zusammenhält und Chancen eröffnet; eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle
2138 schafft; ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; einen Staat, der
2139 funktioniert und vorangeht.

2140 Wir laden jeden, der unsere Werte und Ziele teilt, ein, diese Aufgabe mit uns
2141 zu bewältigen. So wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945
2142 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen
2143 diese Zukunft gestalten – mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht.

2144 Wir wollen: In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen.